



Institut für
Wirtschaftsforschung
an der Universität München

**ifo Konjunkturprognose 2006/2007:
Aufschwung setzt sich fort**

**Sendesperrfrist:
Donnerstag, 29. Juni 2006, 14.15 Uhr MESZ**

München, 29. Juni 2006

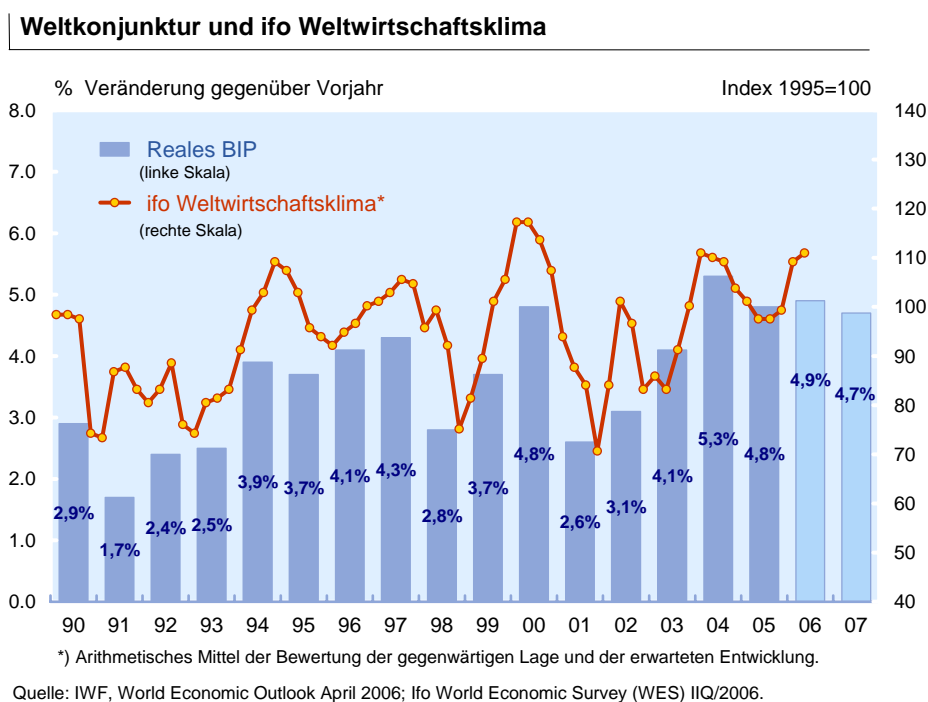
ifo Konjunkturprognose 2006/2007: Aufschwung setzt sich fort

G. Flaig, W. Nierhaus, I. Becker, S. Henzel, O. Hülsewig, E. Langmantel, J. Mayr, W. Meister, M. Ruschinski, D. Ulbricht und T. Wollmershäuser

Überblick: Weltwirtschaft wächst kräftig

Die Weltwirtschaft ist in einem robusten Aufschwung. Das vom ifo Institut erhobene Weltwirtschaftsklima hat sich im Frühjahr 2006 zum dritten Mal in Folge verbessert (vgl. Abb. 1); mit 111,0 liegt der Indikator deutlich über dem langfristigen Durchschnitt (1990-2005: 94,3). Der jüngste Anstieg des Klimaindikatoren ging auf die besseren Urteile zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage zurück, die nun ein fünfjähriges Hoch erreicht haben. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind unverändert optimistisch. (vgl. Abb. 2).

Abb. 1



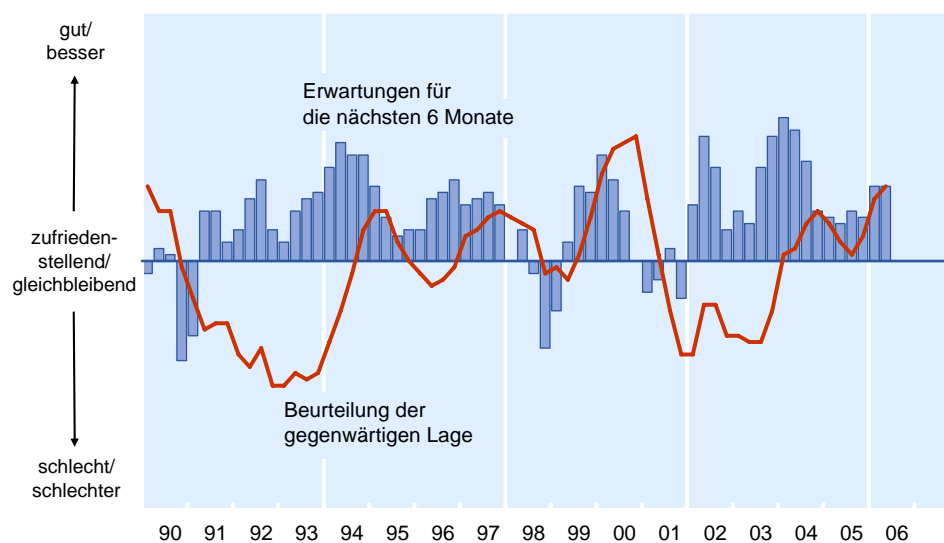
Im Gefolge des starken weltwirtschaftlichen Wachstums, zuletzt aber auch wegen der erhöhten Risikoprämie aufgrund der geopolitischen Spannungen (Konflikt um das Atom-Programm des Iran) hat der Ölpreis kräftig angezogen; die hiermit verbundene

Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität in den Ölverbraucherländern schlug allerdings bei kräftig steigenden Unternehmenserträgen weitaus geringer durch als bei früheren Preisschüben.

Die lange Zeit expansiv ausgerichtete Geldpolitik ist in den meisten westlichen Industrieländern inzwischen gestrafft worden; die langfristigen Zinsen sind inzwischen weltweit gestiegen. Von Inflations- und Zinsängsten getrieben kam es seit Mai zu merklichen Kurskorrekturen auf den zuvor haussierenden internationalen Aktienmärkten. Mit einer deutlichen Konjunkturabschwächung in den Industrieländern ist im Prognosezeitraum aber nicht zu rechnen, zumal die Realzinsen immer noch recht niedrig sind und die Nachfrage aus den ölexportierenden Schwellenländern hoch bleibt.

Abb. 2

ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IIQ/2006.

In den USA hat sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal 2006 saisonbereinigt merklich beschleunigt; die laufende Rate betrug auf das Jahr hochgerechnet 5,3 % (Vorjahresvergleich: +3,6 %). Maßgeblich hierfür waren der kräftige Zunahme der privaten Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter und die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen. Vom Außenbeitrag ging dagegen zum dritten Mal

in Folge ein negativer Wachstumsbeitrag auf das BIP aus. Die Fed hat die monetären Zügel inzwischen merklich gestrafft. Seit Juni 2004 wurde der angestrebte Zielzinssatz (Federal Funds Rate) schrittweise um 400 Basispunkte auf 5,0 % angehoben. Auch China, die zweite Lokomotive der Weltkonjunktur, ist schwungvoll ins neue Jahr gestartet. Im ersten Vierteljahr stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Vorjahresvergleich um 10,2 %, das ist das höchste Tempo seit drei Jahren. In Japan hat sich die konjunkturelle Erholung, wenngleich etwas verlangsamt, fortgesetzt; die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte zuletzt saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 3,1 % (Vorjahresvergleich: +3,5 %). Zur Expansion trug allein die inländische Verwendung bei, der konjunkturelle Impuls der Veränderung des Außenbeitrags war sogar leicht negativ. In der europäischen Währungsunion (EWU) hat sich die konjunkturelle Erholung weiter gefestigt, nach ersten Schätzungen von Eurostat belief sich das Wachstumstempo im ersten Quartal 2006, gemessen an der laufenden Jahresrate, auf 2,4 % (Vorjahresvergleich: +1,9 %). Die inländische Verwendung zog recht kräftig an, befördert vor allem vom privaten Konsum. Der Export expandierte sogar sehr kräftig, getrieben von der letztjährigen Abwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner. Die Inflationsrate – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – stieg im bisherigen Verlauf des Jahres ölpreisgetrieben bis auf 2,5 % (Mai); die Kerninflationsrate (Veränderung des HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) betrug in der Spitze hingegen lediglich 1,6 %. Die Arbeitslosenquote ist seit ihrem Höchststand im Jahr 2004 saisonbereinigt deutlich gesunken; im April 2006 betrug sie 8,0 %; ein Jahr zuvor hatte sie noch bei 8,7 % gelegen.

In Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in den ersten Monaten des laufenden Jahres – nach vorübergehender Stagnation im Herbst 2005 – wieder spürbar gestiegen; ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts zufolge nahm sie im ersten Quartal saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 % zu. Im Vorjahresvergleich der Ursprungswerte fiel das Wirtschaftswachstum mit 2,9 % sogar so kräftig aus wie seit sechs Jahren nicht mehr. Hierzu trug bei, dass dieses Jahr durch den späten Termin der Osterfeiertage im April drei Arbeitstage mehr zur

Verfügung standen als im ersten Quartal 2005. Bereinigt um diesen Kalendereffekt war der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr mit 1,4 % aber immer noch merklich.

Von der Entstehungsseite her gingen kräftige Impulse von der Industrieproduktion und von den Dienstleistungsbereichen aus. Das Baugewerbe hingegen verzeichnete aufgrund des erneut sehr langen Winters wie schon im vergangenen Jahr merkliche Rückgänge. Auf der Verwendungsseite kamen die Wachstumsimpulse sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland: Die realen privaten Konsumausgaben stiegen saisonbereinigt bei rückläufiger Sparquote gegenüber dem Vorquartal um 0,6 %. In gleicher Größenordnung stieg der Staatskonsum. Außerdem wurde deutlich mehr in Ausrüstungen investiert (+2,2 %). Insgesamt trug die inländische Verwendung trotz des witterungsbedingten Rückgangs der Bauinvestitionen mit 0,1 Prozentpunkten positiv zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts bei. Der Außenbeitrag steuerte 0,3 Prozentpunkte bei; die Exporte stiegen mit 4,6 % noch etwas stärker als die Importe (+ 4,5 %).

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage etwas gebessert. So scheint der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nunmehr zum Stillstand gekommen zu sein. Auch ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die nach der Jahreswende saisonbereinigt aufgrund von Sondereffekten (wie der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I) temporär gestiegen war, zuletzt sogar stark beschleunigt gesunken. Im Durchschnitt der Monate April und Mai betrug der Rückgang jeweils knapp 70 000. Dazu trug bei, dass sich die übliche Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt wegen des strengen Winterwetters und der späten Lage der Osterfeiertage stärker als sonst üblich hinausgezögert hat. Zudem wirkte sich die nun bessere Betreuung von Arbeitslosengeld II-Empfängern aus. Im Mai belief sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt auf 4,596 Mill.; die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen; nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit) betrug 11,0 %.

Der Entwicklung der Lebenshaltungskosten wird nach wie vor vom Höhenflug der Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe dominiert. Im Juni 2006 betrug die Inflationsra-

te im Vorjahresvergleich 2,0 %. Ohne Energieträger gerechnet hätte die Teuerungsrate nur $\frac{3}{4}$ % betragen.

Weltwirtschaft: Weiterhin hohe Dynamik

Die Expansion der Weltwirtschaft war im Frühjahr 2006 schwungvoll. Das Bruttoinlandsprodukt legte infolge der günstigen Ertragslage der Unternehmen, der stark gestiegenen Vermögenspreise und der nach wie vor niedrigen langfristigen Zinsen spürbar zu. Der Anstieg der Ölpreise wirkte sich, trotz neuer historischer Rekordstände, wenig dämpfend aus.

Die Entwicklung der Wirtschaft in den Industrieländern verlief zunehmend homogen. In den Vereinigten Staaten stieg das Bruttoinlandsprodukt deutlich. Der Konsum legte trotz einer leichten Abflachung des Immobilienpreisanstiegs weiter zu. Die Investitionen erhöhten sich merklich. Auch im Euroraum stieg das Bruttoinlandsprodukt spürbar. Vor allem der Konsum zog infolge der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt deutlich an. In Japan setzte sich die konjunkturelle Dynamik lebhaft fort. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern verlief ebenfalls schwungvoll. In China expandierte das Bruttoinlandsprodukt ungebremst kräftig; und auch in den übrigen Ländern Ostasiens, ebenso wie in Lateinamerika, fiel die konjunkturelle Dynamik belebend aus.

Die Inflationsraten in den Industrieländern blieben im Frühjahr 2006 trotz des Anstiehs der Energiepreise moderat. Mit deutlichen Lohnerhöhungen ist auch weiterhin nicht zu rechnen, so dass Zweitrundeneffekte infolge der höheren Energiepreise nicht zu erwarten sind. Die Inflationserwartungen erhöhten sich nur leicht.

Die Ölpreise nahmen seit Beginn des Jahres deutlich zu. Der Preis für die Sorte Brent stieg von 65 US-Dollar je Barrel auf zwischenzeitlich 75 US-Dollar, ehe er auf 68 US-Dollar zurückging. Der Anstieg der Ölpreise spiegelte dabei auch die Befürchtungen wider, dass zum einen die Investitionen der Ölförderländer in ihre Förderkapazitäten unzureichend sind, und dass zum anderen die Versorgung infolge geopolitischer Risi-

ken, wie den schwelenden Konflikt um das iranische Atomprogramm oder den politischen Unruhen in Nigeria, weiterhin unsicher ist. Die Ölpreise dürften auch im Prognosezeitraum hoch und volatil bleiben.

Die Notenbanken in den Industrieländern haben im Frühjahr 2006 ihren geldpolitischen Kurs zunehmend gestrafft. Die Federal Reserve hat ihren Leitzins im Mai auf 5 % angehoben und damit ein Niveau erreicht, das sich noch in etwa als neutral einstufen lässt. Auch die EZB hat ihren maßgeblichen Leitzins im Mai auf 2,75 % erhöht, nachdem sie ihn bereits im März auf 2,5 % angehoben hat. Die Bank of Japan hielt hingegen ihren Leitzins bei weiterhin 0 %; allerdings ist sie dazu übergegangen, die Überschussliquidität im Bankensektor sukzessive zu reduzieren. Die Vermögenspreise haben sich teilweise unterschiedlich entwickelt. Die Aktienkurse, die zuvor kräftig gestiegen waren, haben zuletzt nachgegeben. Der Anstieg der Immobilienpreise hat sich in einigen Ländern – z.B. in den USA – etwas abgeflacht. Die langfristigen Zinsen nahmen seit Mitte letzten Jahres stärker zu. Ihr Niveau ist jedoch nach wie vor relativ niedrig.

Die Expansion der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum schwungvoll bleiben, sich jedoch schrittweise etwas abflachen. Sie wird vor allem durch die Ertragslage der Unternehmen, die trotz leicht höherer langfristiger Zinsen günstig bleibt, belebt. Die Geldpolitik wird ihren Kurs zwar zunehmend straffen, dabei jedoch nicht restriktiv wirken. Die Ölpreise bleiben hoch und volatil.

Tab. 1

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten
in den westlichen Industrieländern**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ²		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Industrieländer										
EU 25	41,6	1,6	2,4	2,3	2,1	2,2	2,1	8,6	8,3	8,0
Schweiz	1,1	1,9	2,6	2,0	1,2	1,3	1,2	3,8	3,6	3,7
Norwegen	0,9	2,3	3,0	2,5	1,5	1,8	1,6	4,6	4,4	4,5
West- u. Mitteleuropa	43,7	1,6	2,4	2,3	2,1	2,2	2,1	8,5	8,2	7,9
USA	38,7	3,5	3,5	3,0	3,4	3,4	2,1	5,1	4,7	5,0
Japan	14,2	2,6	3,2	2,5	-0,3	0,4	0,5	4,4	3,9	3,8
Kanada	3,5	2,9	3,2	3,0	2,2	2,1	1,9	6,8	6,4	6,2
Industrieländer insg.	100,0	2,5	3,0	2,6	2,3	2,4	1,9	6,7	6,3	6,2

¹ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar. ² Standardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl 2004.
Quellen: OECD; IMF; ILO, Berechnungen des ifo Instituts; 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird weiter an Breite gewinnen. In den USA wird das Bruttoinlandsprodukt leicht verlangsamt, aber dennoch robust mit etwa der Trendwachstumsrate steigen. Die Konsumdynamik dürfte sich etwas verlangsamen, da sich die Sparquote infolge eines geringeren Immobilienpreisanstiegs schrittweise erhöht. In Japan wird die konjunkturelle Dynamik hingegen schwungvoll bleiben. Auch in Schwellenländern wird sich die wirtschaftliche Entwicklung lebhaft fortsetzen. In China wird das Bruttoinlandsprodukt weiter kräftig expandieren; in den übrigen Ländern der Region dürfte die konjunkturelle Dynamik, ebenso wie in Lateinamerika, hoch bleiben. Im Euroraum wird das Bruttoinlandsprodukt spürbar steigen. Der Konsum dürfte bei einer verbesserten Lage am Arbeitsmarkt anziehen. Die Investitionen werden sich merklich erhöhen.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in der Welt im Jahr 2006 um etwa 5 % steigen; ehe es sich im Jahr 2007 leicht verlangsamt um 4 ½ % erhöht. Der Welthandel wird in diesem Jahr um 9 % und im nächsten Jahr um 7 ½ % expandieren. Der Anstieg der Preise bleibt moderat. Die Prognose basiert auf der technischen Annahme, dass der Ölpreis um 65 US-Dollar je Barrel schwankt und der Euro-Wechselkurs bei etwa 1,25 US-Dollar liegt.

Die Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung ist mit Unsicherheit behaftet. Am Ölmarkt ist mit kräftigen Preisschwankungen – nach oben wie nach unten – zu rechnen. Die Konjunktur könnte besser laufen, wenn der Ölpreis über längere Zeit deutlich sinkt; ebenso könnte sie aber auch merklich abflachen, wenn der Ölpreis nachhaltig kräftig steigt, was zu einer höheren Inflation infolge stärker steigender Löhne führen könnte. Die Geldpolitik würde dann einen wesentlich restriktiven Kurs einschlagen, der entsprechend deutlich bremsend wäre.

In einigen Industrieländern liegt ein weiteres Risiko für die Konjunktur in einer möglichen spürbaren Korrektur der Immobilienpreise, die vor allem durch höhere Hypothekenzinsen ausgelöst werden könnte. Die wirtschaftliche Aktivität könnte infolge eines Einbruchs der Immobilienpreise gedrosselt werden, da sowohl der Konsum als auch die Bauinvestitionen deutlich abflachen würden.

In den USA besteht nach wie vor das Risiko, dass das hohe Leistungsbilanzdefizit destabilisierend wirken könnte. Sollte die Bereitschaft der ausländischen Investoren sinken, die Bestände an auf US-Dollar lautende Wertpapiere zunehmend auszuweiten, könnte dies zum einen den US-Dollar merklich schwächen und zum anderen die amerikanischen Zinsen spürbar erhöhen. Die wirtschaftliche Entwicklung in den USA würde dadurch gebremst, was auch die weltwirtschaftliche Dynamik drosseln würde.

USA: Weiterhin robuste Konjunktur

Die US-Wirtschaft expandierte im Durchschnitt des Jahres 2005 trotz der vorübergehenden Schwächephase im vierten Quartal mit 3,5 % weiterhin über ihrer Potentialwachstumsrate, jedoch schwächer als noch im Vorjahr. Der Rückgang in den Wachstumsraten zum Ende des Jahres wurde dabei durch Sonderfaktoren ausgelöst, die insbesondere die Dynamik des privaten Konsums dämpften. Im Schlussquartal 2005 zeigte die US-Wirtschaft somit die niedrigste Wachstumsrate seit Anfang 2003.

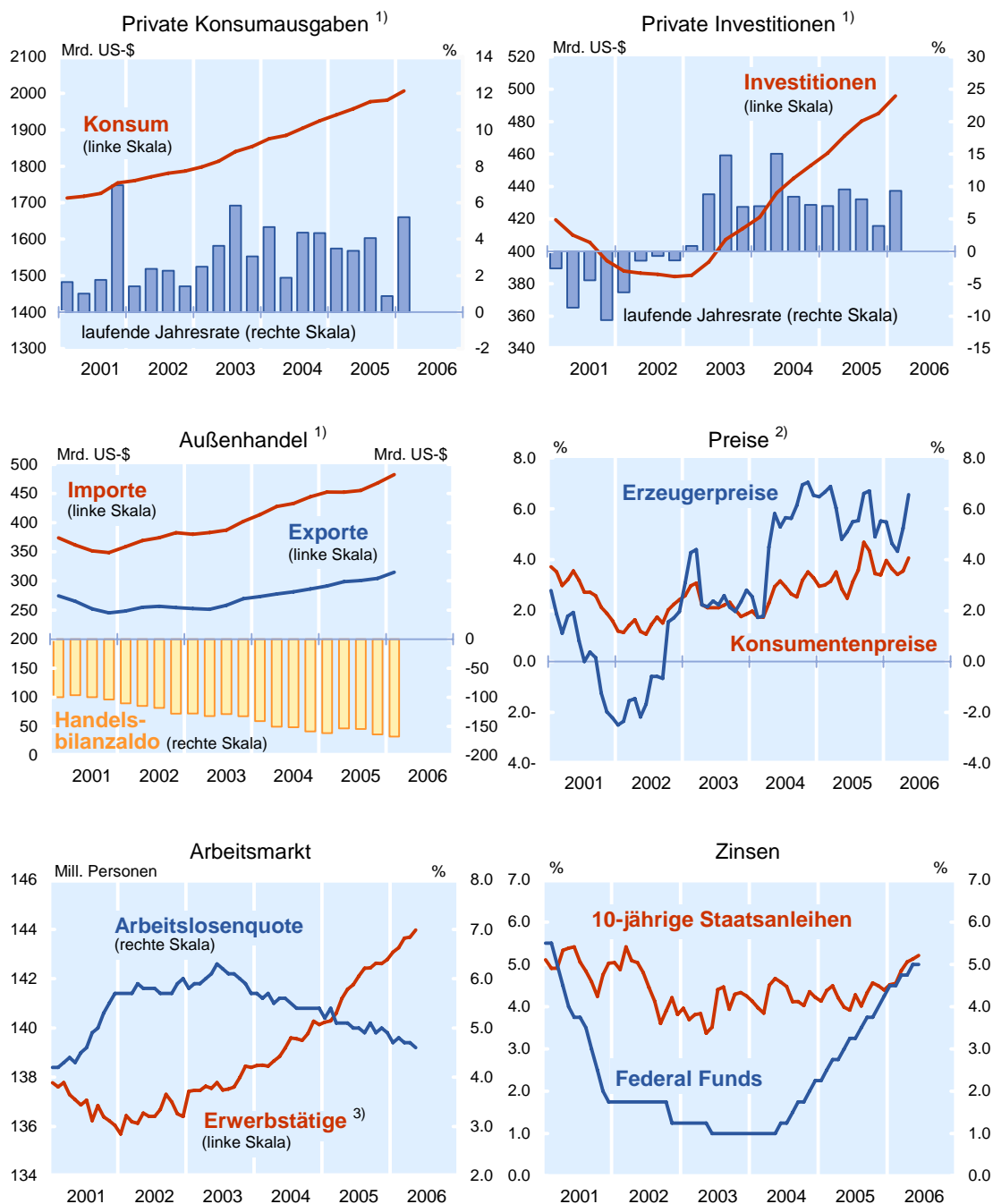
Nach dem Wegfall dieser Sonderfaktoren legte das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2006 mit einer laufenden Jahresrate von 5,3 % deutlich zu und stieg im Vorjahresvergleich um 3,6 %. Nachdem im Jahr 2005 vor allem der private Verbrauch die treibende Kraft der gesamtwirtschaftlichen Expansion war, steht das Wachstum aktuell zunehmend auf einer breiteren Basis und wird insbesondere auch durch die höhere Dynamik der Investitionen und Exporte getragen. Die Exporte nahmen im ersten Quartal 2006 beschleunigt zu und stiegen mit einer laufenden Jahresrate von 14,7 % nach 5,1 % im Vorquartal. Die Unternehmensinvestitionen wurden zu Beginn des Jahres auf Grund der anhaltend günstigen Absatz- und Ertragsaussichten kräftig ausgeweitet und wuchsen im ersten Quartal 2006 annualisiert um 9,3 % gegenüber dem Vorquartal nach einer Steigerung von 3,9 % im Schlussquartal 2005. Der private Konsum hat sich nach dem temporären Einbruch Ende 2005 wieder erholt und hat im ersten Quartal 2006 mit deutlich gesteigener Dynamik um 5,2 % (laufende Jahresrate) zugelegt, nach lediglich 0,9 % im Schlussquartal 2005. Grund für die privaten Ausgabesteigerungen waren neben der positiven Entwicklung der Einkommen auch die durch höhere Immobilienpreise und Aktienkursgewinne bedingten Vermögenszuwächse. Im ersten Quartal 2006 hat die Dynamik der Immobilienpreise jedoch etwas an Schwung verloren. So ging der Anstieg der Preise für Wohnimmobilien auf 2,0 % gegenüber Vorquartal zurück, nachdem er im Vorjahr noch bei durchschnittlich 3,2 % pro Quartal gelegen hatte.

Die Arbeitslosenquote hat sich von 5,2 % im Januar 2005 bis auf zuletzt 4,6 % im Mai 2006 verringert und liegt damit auch im historischen Vergleich auf relativ niedrigem Niveau. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der zivilen Erwerbstätigen um 2,7 %.

Die Inflationsrate wurde durch den drastischen Anstieg der Energiepreise nach oben getrieben und lag nach einem Höchststand von 4,7 % im September im Durchschnitt des Jahres 2005 bei 3,4 %. Aktuell beträgt der Anstieg des Konsumentenpreisindex im Vorjahresvergleich 4,2 %. Den gestiegenen Energiepreisen steht dabei ein geringes Nominallohnwachstum gegenüber, das weiter deutlich hinter den

Abb. 3

Konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten seit 2001



1) Real, saisonbereinigte Werte.
 2) Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
 3) Zivile Erwerbstätige insgesamt, saisonbereinigt.

Quelle: Bureau of Labor Statistics, Federal Reserve, U.S. Department of Commerce; Berechnungen des ifo Instituts.

Produktivitätssteigerungen zurück bleibt und somit keinen starken Preisdruck ausübt. So stiegen die durchschnittlichen Stundenlöhne (ohne den Bereich Landwirtschaft) im ersten Quartal 2006 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 % nach 3,2 % im Durchschnitt des Jahres 2005. Die Kerninflationsrate – sie misst den Preisniveaustieg ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel – blieb insgesamt stabil und lag im Durchschnitt des Jahres 2005 bei 2,2 %; aktuell beträgt sie 2,4 %.

Die monetären Rahmenbedingungen haben sich von Anfang 2005 bis zuletzt verschlechtert. Die US-Notenbank hat ihr Ziel für die Federal Funds Rate von 2,25 % im Januar 2005 stetig auf 5 % im Mai 2006 erhöht. Nachdem die Renditen auf zehnjährige Staatsanleihen 2005 durchgängig auf geringem Niveau verharrten, haben sie in den ersten Monaten des Jahres 2006 auf 5,2 % angezogen. Die Zinsstrukturkurve verläuft damit weiter nicht invers.

Die Finanzpolitik der US-Regierung war im Fiskaljahr 2005 leicht restriktiv ausgerichtet. Das Haushaltsdefizit ging um einen Prozentpunkt auf 2,6 % des Bruttoinlandsprodukts zurück. Grund hierfür waren insbesondere die unerwartet kräftig steigenden Steuereinnahmen. Im laufenden Fiskaljahr 2006 (das am 30. September endet) dürfte von der Finanzpolitik eine leicht expansive Wirkung ausgehen. Die US-Regierung rechnet mit einem Rekorddefizit von 423 Mrd. US \$ (3,3 % des Bruttoinlandsprodukts). Grund für die erneute Erhöhung des Haushaltsdefizits sind dabei zusätzliche Ausgaben für die Wirbelsturm geschädigten Gebiete sowie höhere Kosten in den Bereichen Verteidigung und für die Arzneimittelkostenübernahme im Gesundheitswesen.

Die für das Fiskaljahr 2007 angestrebte Konsolidierung setzt deutliche Einsparungen auf der Ausgabenseite sowie das Auslaufen der 2001 verabschiedeten Steuersenkungen bis 2008 bzw. 2010 voraus. Die angestrebte Rückführung des Haushaltsdefizits erscheint jedoch fragwürdig, da sich bereits jetzt andeutet, dass die für die Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan bisher vorgesehenen Mittel mit 50 Mrd. US-Dollar zu gering sein dürften.

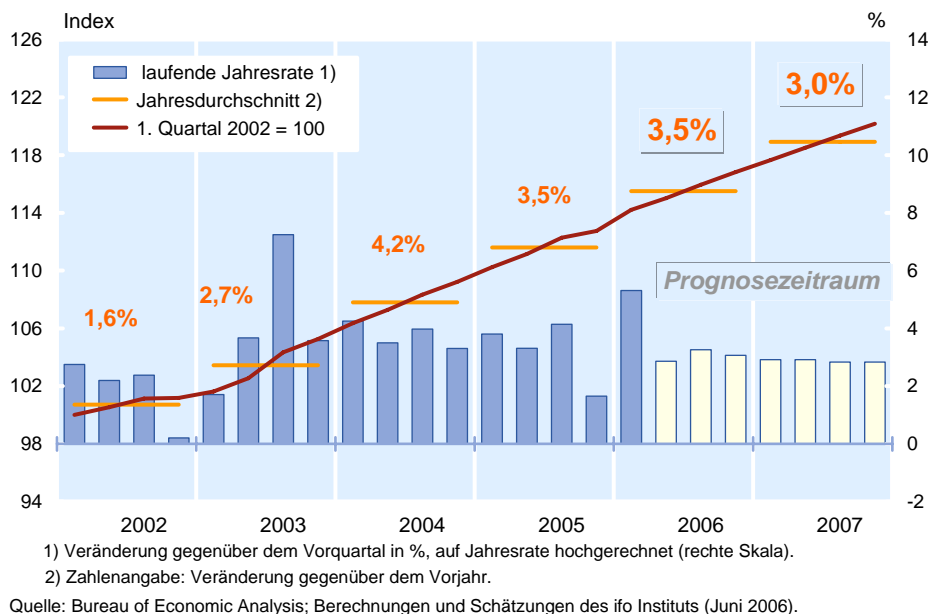
Nach dem beeindruckenden Start in 2006 wird sich die konjunkturelle Dynamik der US-Wirtschaft im weiteren Verlauf des Jahres leicht abschwächen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt 2006 mit 3,5 % in ähnlichem Maße wie im Vorjahr zunehmen. Trotz eines durch Lohnerhöhungen und eine Zunahme der Beschäftigung getriebenen Anstiegs der verfügbaren Einkommen wird der privaten Verbrauch im Prognosezeitraum an Dynamik verlieren. Grund hierfür ist neben den hohen Energiepreisen insbesondere die Abkühlung am Immobilienmarkt und die damit einhergehende Erhöhung der Sparquote privater Haushalte. Auch die Investitionen sowie die Exporte werden im nächsten Jahr leicht an Schwung verlieren. Verantwortlich für die Abflachung der Exportzuwächse ist die nachlassende konjunkturelle Dynamik wichtiger Handelspartner der Vereinigten Staaten. Der schwächere Anstieg der Unternehmensinvestitionen ist die Folge der nicht mehr so günstigen Finanzierungsbedingungen. Angesichts der immer noch nicht ausgeräumten Inflationsorgen wird die US-Notenbank die Federal Funds Rate Ende Juni um einen weiteren Schritt auf 5.25 % erhöhen und dann auf diesem Niveau belassen. Alles in allem wird die US- Wirtschaft 2007 etwas an Schwung verlieren; das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um rund 3 % steigen (vgl. Abb. 4).

Die Arbeitslosenquote wird im weiteren Verlauf des Jahres 2006 zunächst noch leicht sinken und sich im Jahr 2007 nach einem, durch die nachlassende wirtschaftliche Dynamik bedingten Anstieg auf rund 5 % stabilisieren. Sie bleibt damit weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Die Inflationsrate wird im Jahr 2006 etwas zurückgehen und im Durchschnitt bei rund 3,4 % liegen. Für das kommende Jahr wird ein weiterer Rückgang auf 2,1 % erwartet. Die Kerninflationsrate wird im Verlauf des Jahres 2006 zunächst etwas ansteigen und sich dann wieder auf rund 2 % abschwächen.

Abb. 4

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA

Saisonbereinigter Verlauf



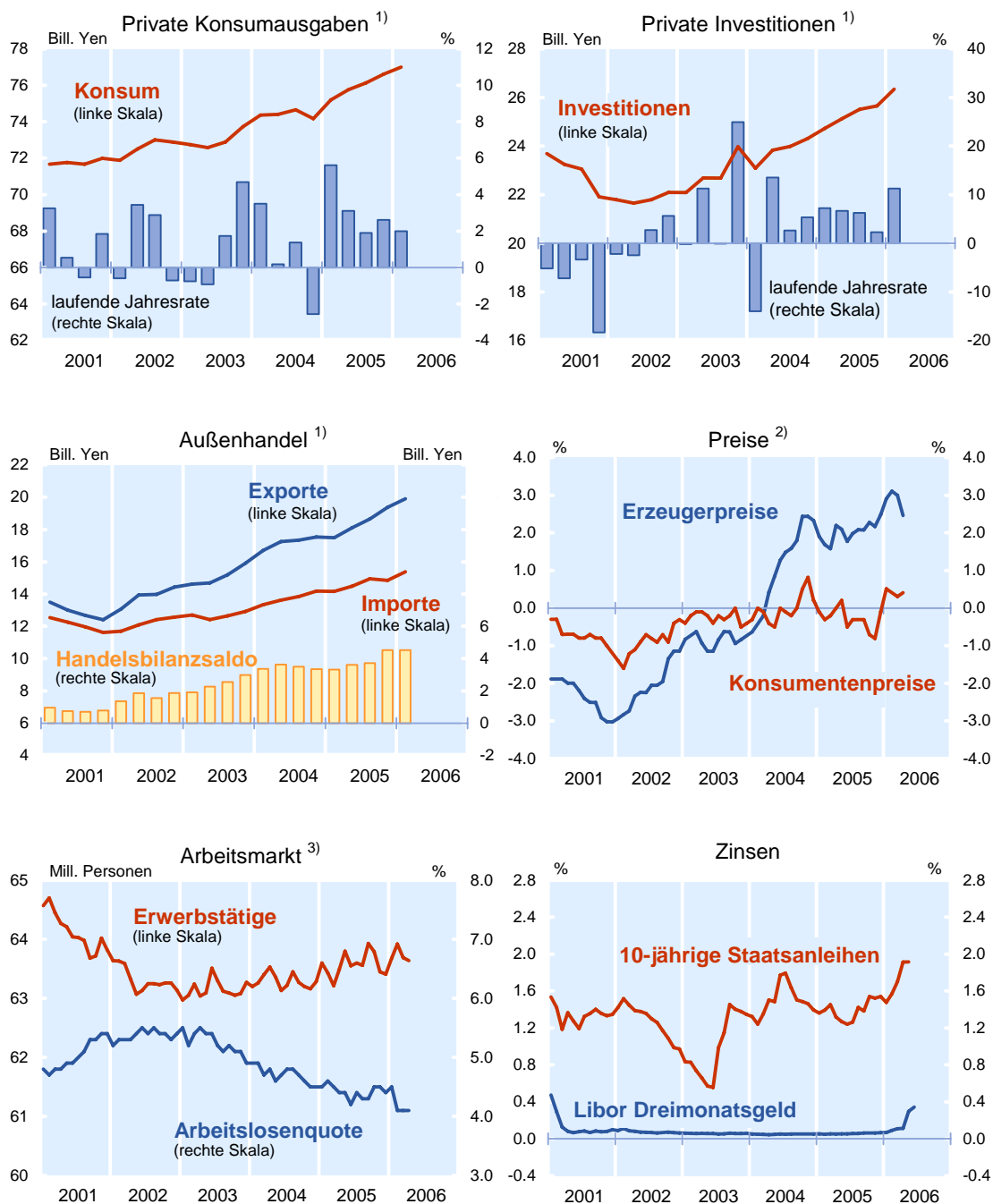
Japan

Die japanische Wirtschaft hat ihre positive Entwicklung im Jahr 2005 mit einem Wachstum von 2,6 % fortsetzen können. Im Vergleich zum Vorjahr ist das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2006 um 3,5 % gestiegen. Die Dynamik hat sich jedoch gegenüber dem letzten Quartal 2005 leicht abgeschwächt. So nahm das BIP in den ersten drei Monaten diesen Jahres im Vergleich zum Vorquartal um 0,8 % zu, nachdem im vierten Quartal 2005 noch 1,1 % erreicht worden waren.

Der Yen, der reale effektiv über das gesamte letzte Jahr abgewertet hatte, hat in den ersten Monaten des laufenden Jahres leicht aufgewertet. Dies war ein wesentlicher Grund dafür, dass die Importe kräftiger gestiegen sind als die Exporte.

Abb. 5

Konjunkturelle Entwicklung in Japan seit 2001



1) Real, saisonbereinigte Werte.
 2) Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
 3) Saisonbereinigt.

Quelle: ESRI, Bank of Japan; Berechnungen des ifo Instituts.

Die Ausfuhr wird nach wie vor von der lebhaften Nachfrage in China und den USA getragen.

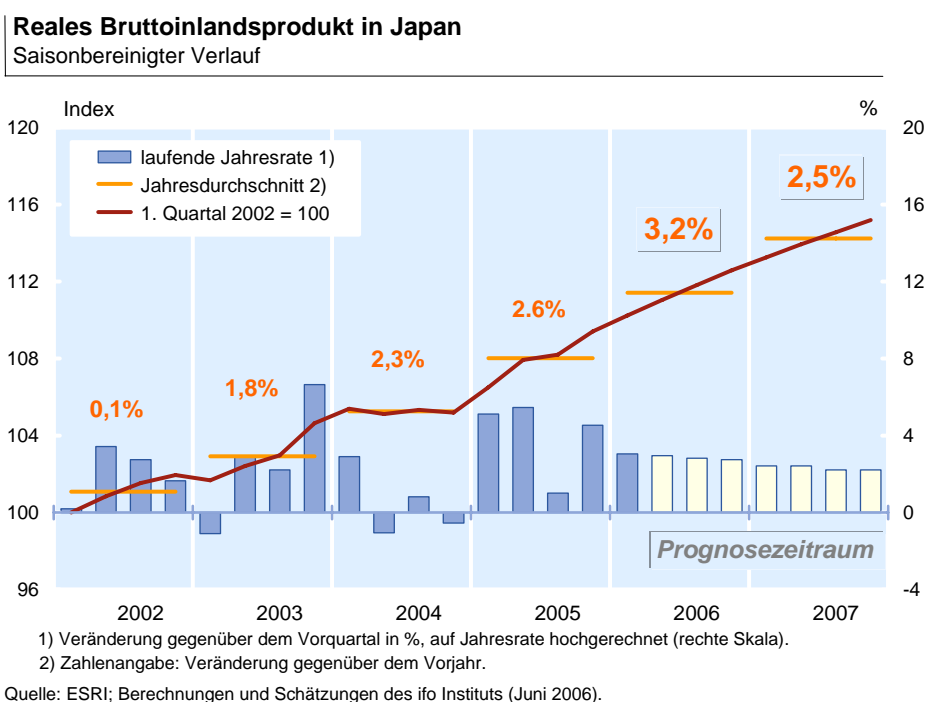
Eine zentrale Säule der Expansion bleibt der private Konsum. Aufgrund der erneuten Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt ist das Quartalswachstum weiterhin hoch. Die privaten Investitionen zogen zuletzt in Folge der guten Ertragslage der Unternehmen deutlich an und haben die nachlassenden Impulse aus dem Außenhandel kompensieren können.

Die Fiskalpolitik ist restriktiv ausgerichtet. Im Zusammenhang mit einem Haushaltssanierungsprogramm sind die öffentlichen Investitionen reduziert worden. Darüber hinaus sind ein Personalabbau im öffentlichen Dienst sowie Steuererhöhungen geplant.

Im März dieses Jahres ist die Bank von Japan nach der 5 Jahre lang betriebenen Politik der quantitativen Lockerung zu einer zinsorientierten Geldpolitik zurückgekehrt. Da die Deflationsgefahr bei einer Inflationsrate knapp über 0 % (1. Quartal 2006) noch nicht abgewendet ist, hält sie jedoch vorerst an der Nullzins-Politik fest. In einer Übergangsphase werden lediglich die massiven Geldmengenreserven reduziert. Der Markt scheint eine baldige Zinsanhebung zu erwarten, was sich im Anstieg des 3-Monats-Libors sowie der 10-jährigen Staatsanleihen widerspiegelt.

Die inländische Verwendung wird aufgrund der sich verbessernden Beschäftigungssituation weiter expandieren; das Investitionswachstum wird sich noch erhöhen. Im Jahr 2006 wird die Wirtschaft um 3,2 % steigen. Angesichts einer sich etwas abschwächenden Weltkonjunktur und einer sich abzeichnenden Zinsanhebung wird sich das Wachstumstempo im kommenden Jahr auf 2,5 % verringern.

Abb. 6



China

Die Wachstumsraten der chinesischen Volkswirtschaft liegen auch nach der VGR-Revision, bei der der Anteil der Dienstleistungen am BIP deutlich erhöht wurde, bei 10 %. Im ersten Quartal 2006 stieg das BIP um 10,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Maßgeblich hierfür waren wie bereits in den vergangenen Jahren vor allem die im internationalen Vergleich bemerkenswert kräftig steigenden Investitionen sowie die hohen Exportüberschüsse. Die Dynamik der Investitionen ist weiter ungebrochen.

Trotz dieser außerordentlich lebhaften Expansion und einer Ausweitung der Kredite um 10 % im vergangenen Jahr sind weiterhin keine Anzeichen für eine Überhitzung der Wirtschaft auszumachen. Die Inflationsrate war mit rund 2 % recht moderat, was auf die weiterhin bestehende Subventionen von Mineralölprodukten zurückzuführen ist. Auch hat der Yuan effektiv leicht aufgewertet. Aufgrund des nach wie vor steigenden

Handelsüberschusses mit den USA und dem damit einhergehenden Druck der US-amerikanischen Regierung ist mit einer weiteren Aufwertung des Yuan zu rechnen.

Den im neuen Fünfjahresplan für 2006-2011 angekündigten Vorhaben zur Förderung der ländlich geprägten Regionen sowie der Verbesserung der Gesundheitsversorgung und des Bildungsangebots sind bisher nur geringe Finanzierungszusagen gefolgt. Das Steueraufkommen dürfte trotz der Verdoppelung des Grundfreibetrags der Einkommenssteuer weiterhin stark steigen, wodurch das Defizit im Prognosezeitraum um 1 % verharren wird. Die Finanzpolitik ist somit weitgehend neutral.

Gefahren für den Aufschwung in der Volksrepublik liegen in einer auf die Wechselkurskontrollen zurückzuführenden starken Erhöhung der Geldmenge und damit drohenden Inflation und in einer Verschärfung des Handelskonflikts mit den USA und der Europäischen Union. Des Weiteren könnte es zu Überkapazitäten bei Produktionsanlagen kommen. Alles in allem wird die chinesische Wirtschaft in diesem Jahr um 10 % und im nächsten Jahr um 9,5 % expandieren.

Andere asiatische Schwellenländer

Die Versuche der asiatischen Staaten, ihre Volkswirtschaften von den steigenden Weltölpreisen abzusichern, sind aufgrund der starken Haushaltbelastungen gescheitert. Thailand und Indonesien haben ihre Mineralölsteuersubventionen bereits im vergangenen Jahr abgeschafft. Dies war mit zum Teil deutlichen Preissteigerungsraten und darauf folgenden Zinserhöhungen in den jeweiligen Volkswirtschaften verbunden. Die hohen Ölpreise haben sich auch negativ auf die Entwicklung der Handelsbilanzsalden ausgewirkt. Insgesamt hat sich das Wachstum trotz dieser Effekte sowie der Tsunami, Dürren und politischen Unruhen nur verhältnismäßig wenig abgeschwächt. Während die Zuwächse der Investitionen an Dynamik verloren haben, haben sich die Zuwachsraten der privaten Konsumnachfrage in der gesamten Region noch verstärkt.

Die private Konsumnachfrage wird sich in absehbarer Zeit in Folge der dämpfenden Effekte des hohen Ölpreises nicht weiter verstärken. Insgesamt wird sich die Region mit Wachstumsraten von 5 % in diesem und 4,5 % im nächsten Jahr entwickeln.

Lateinamerika

Im Lateinamerika ist das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 mit einer Rate von 4,1 % erneut kräftig gewachsen, wenn auch etwas langsamer als im Vorjahr. Wichtige lateinamerikanische Volkswirtschaften profitierten dabei insbesondere von dem starken Anstieg der Rohstoffpreise und der damit einhergehenden Verbesserung ihrer Terms of Trade. Ebenso günstig wirkte sich das sehr niedrige Weltzinsniveau aus, durch das die Staatshaushalte der lateinamerikanischen Schuldnerstaaten deutlich entlastet wurden und die Schuldenstruktur auf Grund günstiger Finanzierungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden konnte. Die weltweit gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen hat die Exporte insbesondere der Öl exportierenden Länder wie Mexiko, Venezuela und Brasilien in die Höhe getrieben. Aber auch die Exportländer von anderen Rohstoffen wie Argentinien und Chile konnten vom gestiegenen Niveau der Rohstoffpreise profitieren. In Brasilien und Mexiko haben die Zentralbanken jeweils zur Mitte des Jahres 2004 die Zinsen deutlich angehoben, um so zunehmenden Inflationsgefahren entgegen zu wirken. Die Inflationserwartungen konnten so in beiden Ländern spürbar gesenkt werden. Im Zuge dieses restriktiveren geldpolitischen Kurses kam es insbesondere in Brasilien zu einer merklichen Verlangsamung des Wachstums. Die Lockerung der Geldpolitik bewirkte dann eine deutliche Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit.

Brasilien, die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas, zeigte 2005 insgesamt eine enttäuschende wirtschaftliche Entwicklung und expandierte lediglich um 2,3 %. Grund für die nachlassende Dynamik war eine schwächere Inlandsnachfrage im zweiten Halbjahr, insbesondere bedingt durch eine nachlassende Investitionstätigkeit der Unternehmen. Der private Verbrauch konnte demgegenüber auf Grund steigender Beschäftigung und einer Zunahme der verfügbaren Einkommen weiterhin starke Zuwächse verzeichnen. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr mit 3,3 % gegenüber dem Vor-

jahreswert noch sehr kräftig gestiegen war, legte es im dritten und vierten Quartal deutlich schwächer zu; die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahresquartal sanken auf 1,0 % bzw. 1,5 %. Im ersten Quartal 2006 zeigt sich jetzt eine deutliche Erholung; die gesamtwirtschaftliche Produktion wurde gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 3,5 % ausgeweitet. Die Inflationsrate sank von 6,5 % im Januar 2005 auf zuletzt 2,0 % im Mai 2006. Insbesondere die kräftigen Nettoexporte aber auch ein gefestigter privater Verbrauch sowie eine zunehmende Investitionstätigkeit der Unternehmen werden im Prognosezeitraum zu einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivität beitragen. So wird das reale Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2006 und 2007 jeweils um rund 4 % expandieren. Die Inflationsrate wird im Prognosezeitraum weiter zurückgehen; der Preisauftrieb wird dieses Jahr im Mittel bei 5 % und 2007 bei gut 4 % liegen.

Die mexikanische Wirtschaft hat im Verlauf des Jahres 2005 auf Grund der Schwäche der Landwirtschaft sowie des restriktiven geldpolitischen Kurses der Zentralbank deutlich an Dynamik eingebüßt und legte im Vorjahresvergleich nur um 3,0 % zu. Die Inflationsrate ging dabei von 4,5 % im Januar 2005 auf aktuell 3,2 % zurück. Nachdem die Zentralbank die Leitzinsen von 9,75 % (Juli 2005) auf 7,0 % (April 2006) kontinuierlich gesenkt hat, zeigt sich die Wirtschaft gut erholt; das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs im ersten Quartal 2006 im Vorjahresvergleich mit 5,5 % und zeigte den stärksten Anstieg seit dem dritten Quartal 2000. Im Prognosezeitraum wird die mexikanische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt deutlich schneller wachsen als noch im Vorjahr. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2006 und 2007 mit durchschnittlich 3,8 % expandieren. Die Inflationsrate wird 2006 durchschnittlich 3 ½ % betragen und 2007 auf 3 % leicht zurückgehen.

Argentinien, die drittgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas ist 2005 erneut kräftig gewachsen; das reale Bruttoinlandsprodukt stieg um 9,2%, nach 9,0 % im Jahr 2004. Gründe für die hohe Dynamik sind dabei der weiterhin starke Anstieg der Exporte und die lebhaftere Inlandsnachfrage. Als Folge der raschen gesamtwirtschaftlichen Expansion zeigte sich sowohl 2005 als auch im ersten Quartal 2006 ein zunehmender Druck auf das Preisniveau. So hat sich die Inflationsrate von 7,2 % im Januar im Verlauf des Jah-

res 2005 auf 12,3 % mehr als verdoppelt und liegt im Mai 2006 bei 11 ½ %. Auch die Wechselkurse leisten aktuell keinen Beitrag zu einer Verringerung des Preisniveauanstiegs. Nach einer vorübergehenden Aufwertung im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres hat der argentinische Peso gegenüber dem US-Dollar von August 2005 bis Juni 2006 insbesondere auf Grund von Interventionen der argentinischen Zentralbank um rund 8 % abgewertet. Ziel der Zentralbank ist es offenbar, die Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Exportwirtschaft durch eine entsprechende Wechselkurspolitik zu gewährleisten. Im Prognosezeitraum wird die Expansion der argentinischen Wirtschaft etwas an Dynamik verlieren. So wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2006 mit 6 ½ % und 2007 mit 4 ½ % zulegen. Die Inflation wird im Verlauf des Jahres bei durchschnittlich 12 ½ % liegen und sich erst 2007 etwas abschwächen.

Die chilenische Wirtschaft wird im Prognosezeitraum mit einer der höchsten Wachstumsraten Lateinamerikas expandieren und in den Jahren 2006 und 2007 um 6 % bzw. 5 ½ % zulegen. Gestützt wird das Wachstum dabei insbesondere durch die hohen Kupferpreise sowie durch eine positive Entwicklung der Einkommen und somit der inländischen Nachfrage. Die Inflationsrate wird weiterhin mit rund 3 % moderat bleiben.

Russland

Die russische Wirtschaft ist im Jahr 2005 mit einer Rate von rund 6,4 % weiter kräftig expandiert, wenn auch mit etwas schwächerer Dynamik als in den beiden Vorjahren. Besonders stark stieg dabei die inländische Verwendung; insbesondere der private Konsum expandierte kräftig und nahm im Vorjahresvergleich um knapp 11 %. Auch die Anlageinvestitionen legten im Zuge guter Unternehmenserträge im Jahresdurchschnitt deutlich zu. Der Außenhandel dämpfte im Jahr 2005 hingegen das Wachstum. Während die Importe mit rund 17 % weiter deutlich ausgeweitet wurden, zeigten die Ausfuhren trotz der sehr hohen Energiepreise mit lediglich 6 % die geringste Zuwachsrates Performance seit 2001. Maßgeblich hierfür waren der Rückgang der realen Erdölexporte und der lediglich schwache Zuwachs bei den Erdgasexporten, ausgelöst durch Kapazitätsprobleme und die Unsicherheit über die rechtlichen Rahmenbedingungen. Aufgrund der

hohen Energiepreise stieg der Handelsbilanzüberschuss auf einen Rekordwert von 120 Mrd. US-Dollar, was rund 16 % des Bruttoinlandsproduktes entspricht.

Die Inflationsrate stieg im Jahr 2005 auf 12,8 % und liegt weiter deutlich über dem Zielkorridor der Zentralbank. Ursächlich für den Anstieg der Inflation waren außergewöhnliche Preissteigerungen bei Transporttarifen auf Grund von Subventionskürzungen. Begünstigt wurde der Preisniveaustieg ferner durch eine, von hohen Deviseneinnahmen aus Rohstoffexporten bedingte Zunahme der Geldmenge.

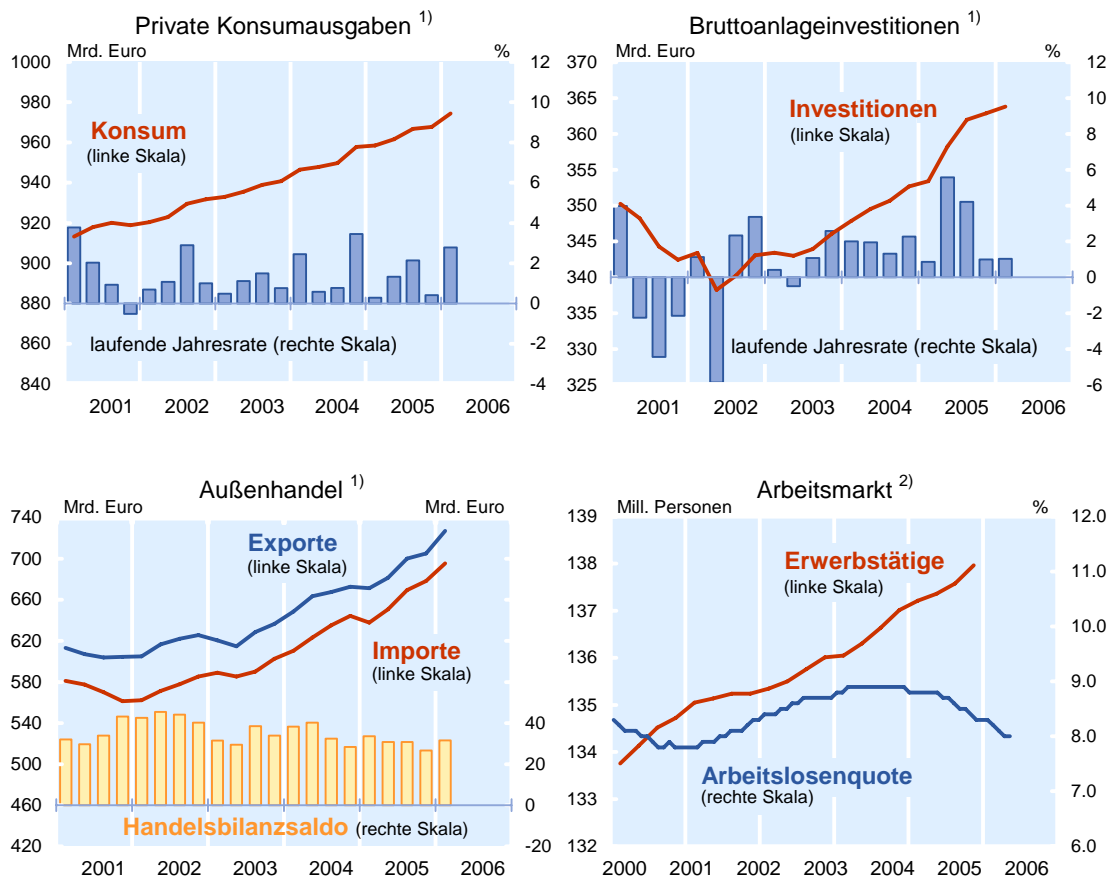
Im Prognosezeitraum wird sich das Wachstum der russischen Wirtschaft angesichts der anhaltend hohen Rohstoffpreise in etwa dem gleichen Maße ausweiten. Vorläufige Daten deuten auf eine spürbare Verlangsamung zu Beginn des Jahres 2006 hin, die jedoch durch die extrem kalte Witterung bedingt und daher nur vorübergehender Natur ist. Die inländische Verwendung wird die treibende Kraft der Expansion bleiben, jedoch wird der private Konsum angesichts nachlassender Dynamik der Einkommenszuwächse etwas an Schwung verlieren. Angesichts der weiterhin sehr positiven Gewinnsituation werden die Unternehmen ihre Investitionen weiter kräftig ausweiten. Der Preisauftrieb wird sich im Prognosezeitraum leicht abschwächen, jedoch wird die Zentralbank ihr Inflationsziel von aktuell 8.5 % weiter deutlich verfehlen. Durch das hohe Niveau der Energiepreise und dem dadurch resultierenden Leistungsbilanzüberschuss steht der Rubel weiter unter einem starken Aufwertungsdruck.

Euroraum

Die wirtschaftliche Expansion im Euroraum war im Frühjahr 2006 kräftig. Das Bruttoinlandsprodukt legte trotz des Anstiegs der Ölpreise deutlich zu. Vor allem der Konsum expandierte bei einer verbesserten Lage am Arbeitsmarkt spürbar. Die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten stiegen hingegen nur leicht, obwohl die Zinsen vergleichsweise niedrig blieben. Die Exporte erhöhten sich merklich, und auch die Importe nahmen deutlich zu.

Abb. 7

Konjunkturelle Entwicklung im Euroraum seit 2001



- 1) Real, saisonbereinigte Werte.
3) Saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

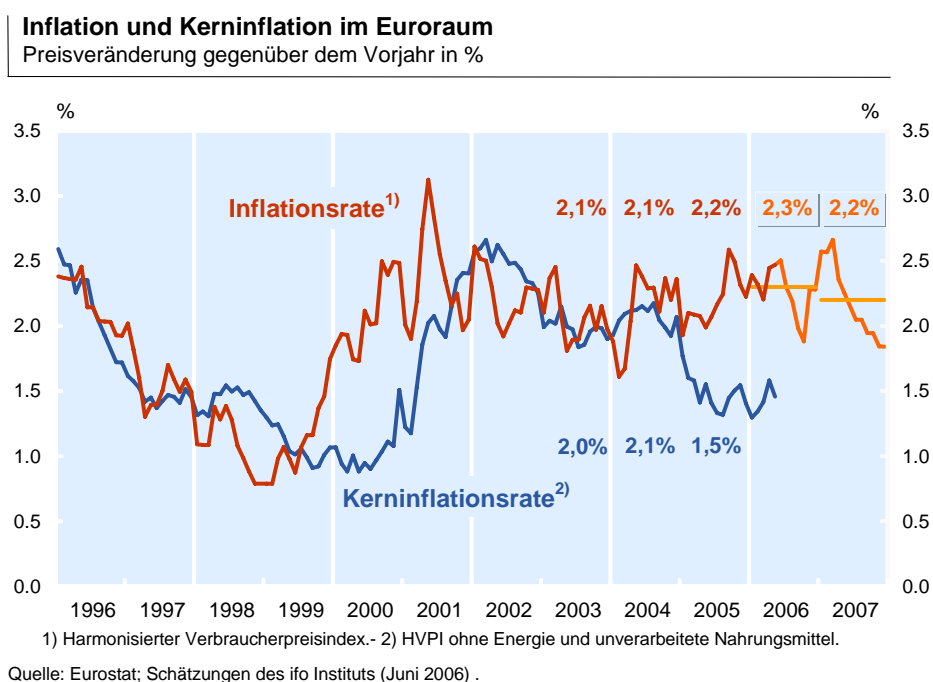
In den großen Ländern des Euroraums verlief die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend homogener. Vor allem in Deutschland stieg der Konsum, ebenso wie in Spanien und Frankreich – dort auch infolge höherer Arbeitseinkommen – lebhaft. Lediglich in den Niederlanden ging er merklich zurück. Die Exporte erhöhten sich in Deutschland, aber auch in Spanien und Frankreich, deutlich. Allein die Importe entwickelten sich unterschiedlich. Während sie in Deutschland und in Spanien stärker expandierten, flachten sie in Frankreich ab.

Die Zahl der Beschäftigten im Euroraum nahm im Jahr 2005 weiter zu. Auch die Arbeitslosenquote sank spürbar; sie lag im Dezember 2005 bei 8,3 %, nachdem sie im Januar 2005 noch bei 8,8 % gelegen hatte. Zuletzt ging sie sogar auf 8 % zurück. Der Lohnanstieg blieb trotz der höheren Ölpreise moderat. Die Entgelte je Arbeitnehmer stiegen durchschnittlich um 2 %. Zweitrundeneffekte blieben somit aus. In Frankreich nahmen die Löhne, ebenso wie in Italien und in Spanien, überdurchschnittlich zu, während sie in Deutschland erneut nahezu stagnierten.

Die Inflationsrate hat sich seit Beginn des Jahres 2006 leicht erhöht. Sie lag im Mai – gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex – bei 2,5 %, nachdem sie im Februar noch 2,3 % betragen hatte. Der Anstieg der Inflationsrate wurde dabei auch vom starken Zuwachs der Ölpreise getrieben. Die Kerninflationsrate nahm ebenfalls zu; sie erhöhte sich von 1,3 % im Januar auf 1,5 % im Mai. Die langfristigen Inflationserwartungen blieben hingegen unverändert; sie stabilisierten sich bei durchschnittlich 1,9 %.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 08. Juni ein weiteres Mal den maßgeblichen Leitzins um einen Viertel Prozentpunkt auf 2,75% angehoben. Damit setzte sie die im Dezember 2005 eingeleitete Zinswende fort. Der Zinssatz für Dreimonatsgeld stieg

Abb. 8

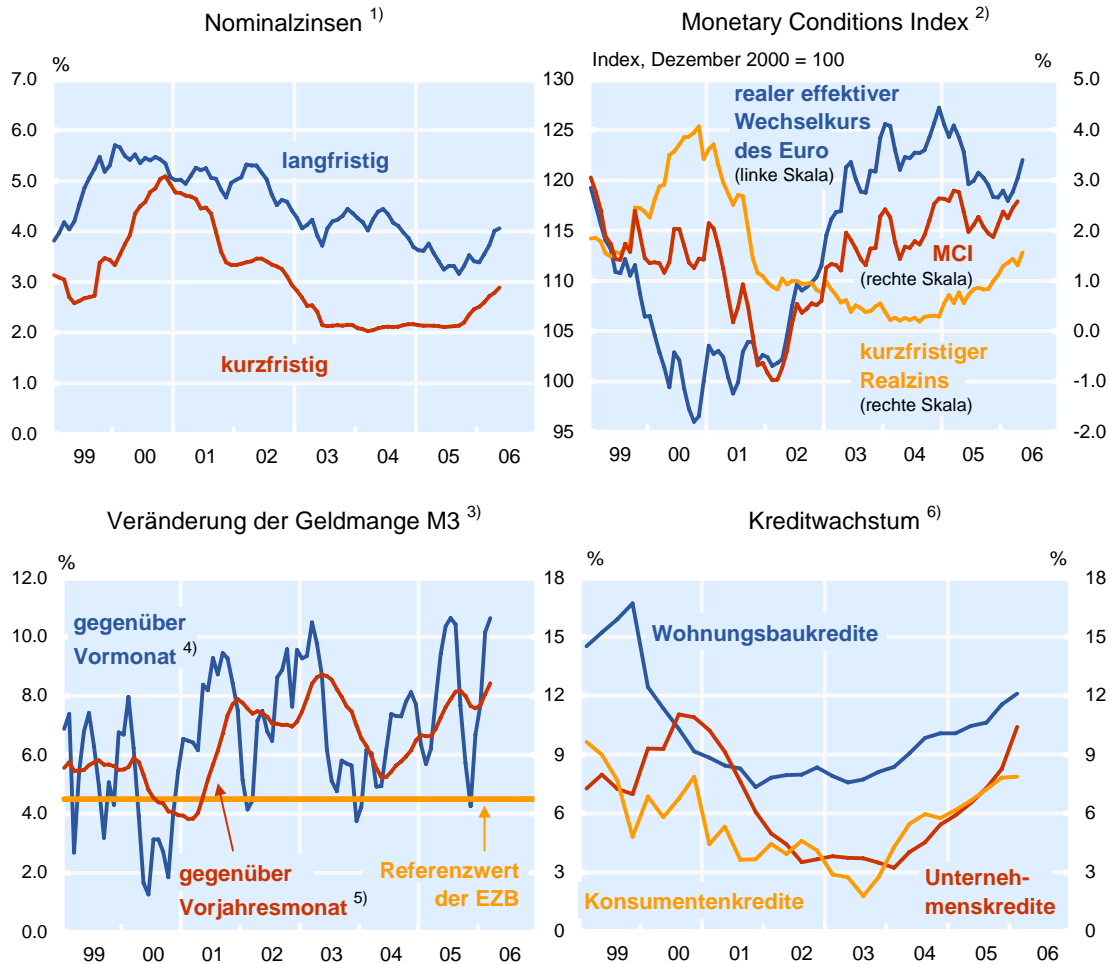


infolge der Zinsentscheidung auf knapp 3,0 %. Auch die durchschnittliche Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen zog weiter an und liegt aktuell bei 4,0 %. Die kurzfristigen Realzinsen erhöhten sich allerdings seit Jahresbeginn nur wenig, was insbesondere auf eine leichte Beschleunigung der zur Deflationierung verwendeten Kerninflationsrate¹ zurückzuführen ist. Insgesamt verschlechterten sich in diesem Zeitraum die monetären Rahmenbedingungen vor allem aufgrund der Aufwertung des Euros. Zwischen Januar und Mai 2006 wertete der Euro um 6 % gegenüber dem US-Dollar auf. Die weiterhin niedrigen Nominalzinsen im Euroraum dürften auch das seit Mitte 2004 deutlich über dem Referenzwert der EZB liegende Geldmengenwachstum erklären. Zuletzt stieg die Geldmenge im Vorjahresvergleich um über 8 % (zentrierter Dreimonatsdurchschnitt). Dieses beschleunigte Wachstum spiegelte vor allem die Entwicklung der Wohnungsbaukredite der privaten Haushalte wider, die im ersten Quartal um 12 % gegenüber dem Vorjahr anstiegen. Aber auch Unternehmenskredite trugen mit Zuwächsen von zuletzt über 10 % ihren Teil dazu bei.

¹ HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Abb. 9

Zur monetären Lage im Euroraum



1) Kurzfristig = 3-Monats-Euribor; langfristig = zehnjährige Staatsanleihen.- 2) Der MCI (Monetary Conditions Index) wurde gemäß folgender Formel berechnet: $MCI_t = (r_t - 2\%) + 1/6 (q_t - q_0)$. r_t bezeichnet den Realzins auf Basis der Kerninflationsrate, q_t den realen effektiven Wechselkurs des Euro (weiter Länderkreis; Berechnung auf Basis der Kerninflationsrate und q_0 den realen effektiven Wechselkurs im Dezember 2000, der auf 100 gesetzt wurde. Die Gewichtung des realen effektiven Wechselkurses mit 1/6 wurde in Analogie zum OECD Economic Outlook vorgenommen.- 3) M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren; Index, saisonbereinigt, zentrierte Dreimonatsdurchschnitte der Veränderungsrate in %.- 4) Auf Jahresrate hochgerechnet.- 5) Gleitender Dreimonatsdurchschnitt.- 6) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal; Unternehmenskredite = Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften; Wohnungsbaukredite = Wohnungsbaukredite der privaten Haushalte.

Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

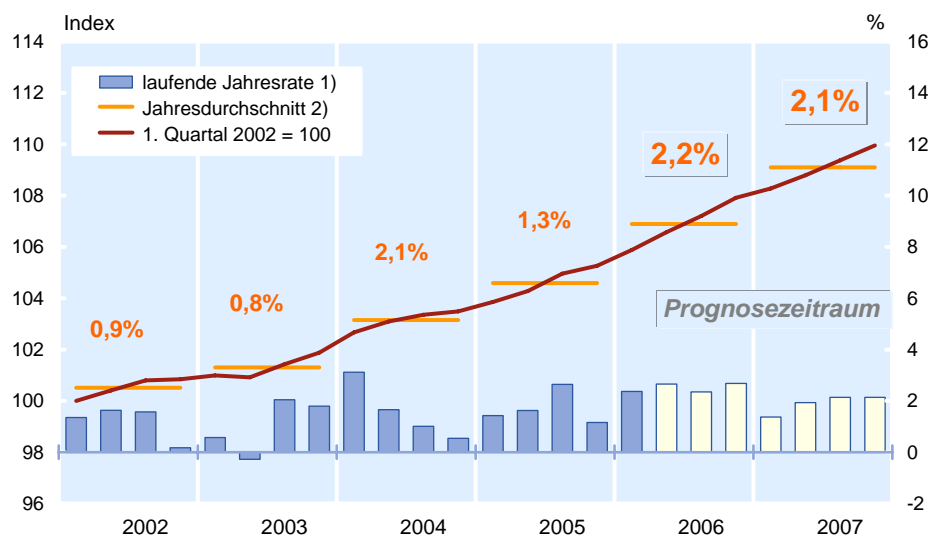
Die EZB dürfte ihre Politik der Trippelschritte fortsetzen und die Leitzinsen im Prognosezeitraum bis auf das „neutrale Niveau“ von 3,5 % anheben. Zum einen haben sich die von der EZB wiederholt angeführten Inflationsrisiken insbesondere durch den fortgesetzten Anstieg der Ölpreise im Verlauf der ersten Jahreshälfte nicht entschärft, auch

wenn bisher keine Anzeichen einer Lohn-Preis-Spirale auszumachen sind. Zum anderen verfestigt sich zusehends der konjunkturelle Aufschwung im Euroraum (und vor allem auch in Deutschland), was den nachfrageseitigen Preisdruck erhöhen dürfte. Die langfristigen Kapitalmarktzinsen dürften im Einklang mit den Zinserhöhungserwartungen weiterhin leicht anziehen.

Die Finanzpolitik im Euroraum war im Jahr 2005 leicht restriktiv ausgerichtet. Das Defizit der öffentlichen Haushalte auf aggregierter Ebene ist in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 2,4 % – nach zuvor 2,8 % – gesunken. In vielen Mitgliedsländern hat sich die Lage der öffentlichen Haushalte durch die erfolgreiche Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen verbessert. Das Defizitkriterium wurde allein von Deutschland, Italien, Portugal und Griechenland erneut verletzt. Im laufenden Jahr wird die Finanzpolitik voraussichtlich nur leicht restriktiv ausgerichtet sein, da zusätzliche Konsolidierungsbemühungen vorerst nicht vorgesehen sind. Das Defizit dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in etwa bei 2,3 % liegen. Für Deutschland ist zu erwarten, dass die Defizitquote unter das Defizitkriterium in Höhe von 3 % sinken wird. In Italien wird die Defizitquote hingegen, ebenso wie in Griechenland und Portugal, weiter über dem Defizitkriterium liegen. Erst im kommenden Jahr wird die Finanzpolitik im Euroraum spürbar restriktiver werden. Das Defizit dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf etwa 2 % zurückgehen. Bislang sind zwar nur in Deutschland Maßnahmen angekündigt worden, die eine deutliche Reduktion der Neuverschuldung herbeiführen sollen, dennoch ist zu erwarten, dass auch in Italien, Griechenland und Portugal Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet werden, um mögliche Sanktionen zu vermeiden.

Abb. 10

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

Die wirtschaftliche Expansion im Euroraum wird sich im Prognosezeitraum schwungvoll fortsetzen. Der Konsum dürfte bei höheren verfügbaren Einkommen – angesichts der zunehmend verbesserten Lage am Arbeitsmarkt – anziehen. Auch die Investitionen dürften sich bei der guten Gewinnlage der Unternehmen merklich erhöhen. Zudem wird die Produktion steigen und die langfristigen Zinsen vergleichsweise niedrig bleiben. Der Außenhandelsaldo wird leicht steigen, da sowohl die Exporte als auch die Importe – angesichts der höheren Binnennachfrage – spürbar expandieren werden. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 um 2,2 % und im Jahr 2007 um 2,1 % expandieren. Der Anstieg der Preise wird moderat bleiben. Die Inflationsrate dürfte im laufenden Jahr bei 2,3 % und im kommenden Jahr bei 2,2 % liegen. Die Zahl der Beschäftigten wird weiter zunehmen; die Arbeitslosenquote wird auf 7,9 % sinken (vgl. Tab. 2).

Tab. 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP)	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ²		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	in %	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Deutschland ³	20,8	1,0	1,8	1,7	1,9	1,8	2,5	9,5	8,8	8,4
Frankreich	15,7	1,2	2,0	1,9	1,9	2,0	1,7	9,5	9,3	9,1
Italien	13,1	0,0	1,4	1,3	2,2	2,3	1,8	7,7	7,5	7,3
Spanien	8,4	3,4	3,5	3,3	3,4	3,8	3,3	9,2	8,7	8,3
Niederlande	4,7	1,1	2,6	2,4	1,5	1,9	1,7	4,7	4,6	4,4
Belgien	2,8	1,2	2,2	2,1	2,5	2,3	2,0	8,4	8,2	8,0
Österreich	2,3	1,8	2,4	2,2	2,1	2,1	1,8	5,2	5,0	4,7
Griechenland	1,7	3,7	3,4	3,3	3,5	3,6	3,1	9,8	9,6	9,3
Finnland	1,4	2,1	3,5	3,3	0,8	1,5	1,1	8,4	8,1	7,8
Irland	1,5	4,7	5,0	4,6	2,2	2,7	2,3	4,3	4,0	4,0
Portugal	1,4	0,4	1,1	1,2	2,1	2,6	2,1	7,6	7,7	7,6
Luxemburg	0,3	4,0	4,3	4,1	3,8	4,0	3,4	4,5	4,4	4,4
Euroraum³	73,9	1,3	2,2	2,1	2,2	2,3	2,2	8,5	8,2	7,9
Großbritannien	16,4	1,8	2,4	2,7	2,1	2,1	2,0	4,7	5,3	5,1
Schweden	2,7	2,7	3,2	3,0	0,8	1,4	1,2	7,8	7,2	6,8
Dänemark	1,9	3,1	3,2	2,7	1,7	2,3	2,1	4,8	4,5	4,3
EU 15³	94,9	1,5	2,3	2,2	2,1	2,2	2,1	7,8	7,6	7,3
Polen	2,2	3,2	4,6	4,5	2,2	2,0	1,8	17,7	16,5	16,0
Tschechien	0,9	6,0	5,4	4,6	1,6	2,2	2,0	7,9	7,6	7,2
Ungarn	0,8	4,1	4,5	4,0	3,5	3,3	3,1	7,2	7,0	6,7
Slowakei	0,3	6,1	6,0	5,8	2,8	3,5	3,0	16,3	15,8	15,2
Slowenien	0,3	3,9	4,4	4,1	2,5	2,7	2,4	6,5	6,2	5,8
Litauen	0,2	7,5	7,3	7,0	2,7	3,0	2,8	8,3	8,0	7,8
Zypern	0,1	3,8	4,0	4,0	2,0	2,0	2,0	5,3	5,4	5,3
Lettland	0,1	10,2	9,0	8,4	6,9	6,3	6,1	8,9	8,5	8,2
Estland	0,1	9,8	9,0	8,0	4,1	4,0	3,6	7,9	7,5	7,0
Malta	0,0	2,4	2,0	1,8	2,5	2,8	2,6	7,3	7,0	6,8
Neue EU-Mitgliedsländer	5,1	4,5	5,1	4,7	2,5	2,6	2,3	13,1	12,3	11,9
EU 25³	100,0	1,6	2,4	2,3	2,1	2,2	2,1	8,6	8,3	8,0

¹ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ² Standardisiert. – ³ Summe der aufgeführten Länder.
 Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar,
 Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2004.
 Quellen: Eurostat; IMF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2006 und 2007:
 Prognose des ifo Instituts.

Großbritannien

Die wirtschaftliche Expansion in Großbritannien war im Frühjahr 2006 leicht verhalten. Das Bruttoinlandsprodukt nahm zwar robust, jedoch etwas verlangsamt zu. Vor allem die Konsumdynamik flachte trotz weiter steigender Immobilienpreise merklich ab. Die Investitionen stiegen hingegen kräftig. Die Exporte entwickelten sich lebhaft; aber auch die Importe nahmen deutlich zu.

Die Bank of England hat seit Beginn des Jahres 2006 ihren Leitzins unverändert bei 4,5 % belassen. Die Inflationsrate erhöhte sich trotz der gestiegenen Energiepreise nur leicht. Im Mai lag sie – gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex – bei 2,2 %, nachdem sie im Januar noch 1,9 % betrug. Die Kerninflationsrate blieb hingegen nahezu unverändert. Die langfristigen Zinsen legten zuletzt zu. Der Zinssatz für Staatsanleihen mit einer zehnjährigen Laufzeit stieg von 4,1 % im Januar auf 4,7 % im Mai. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich etwas eingetrübt. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich zwar leicht; jedoch ist auch die Arbeitslosenquote merklich gestiegen. Sie lag im März bei 5,2 %. Die Löhne stiegen hingegen verhalten. Zweitrundeneffekte infolge der höheren Energiepreise blieben weiterhin aus.

Die Finanzpolitik war im letzten Jahr entgegen den ursprünglichen Planungen der Regierung leicht expansiv. Das Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt stieg von 3,3 % auf 3,6 %. Zur Erhöhung des Defizits haben vor allem die schwache konjunkturelle Entwicklung sowie die höheren Gesundheits- und Militärausgaben beigetragen. Die Finanzpolitik wird im laufenden Jahr leicht restriktiv ausgerichtet sein.

Die Wirtschaft in Großbritannien wird im Prognosezeitraum zunehmend florieren. Der Konsum dürfte infolge einer verbesserten Lage am Arbeitsmarkt stärker steigen. Die Investitionen dürften sich bei weiter günstigen Ertragsaussichten der Unternehmen erhöhen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 um 2,4 % und im Jahr 2007 um 2,7 % zulegen.

Neue EU-Mitgliedsländer

In den neuen EU-Mitgliedsländern verlief die wirtschaftliche Expansion im Jahr 2005 robust. Das Bruttoinlandsprodukt legte durchschnittlich um 4,5 % zu, nachdem es sich im Jahr 2004 um 5,1 % erhöhte. Der Konsum stieg infolge des spärlichen Zuwachses der verfügbaren Einkommen mäßig. Die Investitionen verlangsamten sich leicht. Die Exporte nahmen jedoch lebhaft zu, während sich die Importe deutlich verlangsamten.

In den großen Ländern der Region fiel die wirtschaftliche Entwicklung teilweise recht unterschiedlich aus. Der Konsum schwächte sich in Polen, aber auch in der Tschechischen Republik und Ungarn, spürbar ab, während er in der Slowakei und Slowenien hingegen lebhaft stieg. In der Slowakei nahmen zudem die Investitionen deutlich zu. Die Exporte flachten vor allem in der Tschechischen Republik sowie in Ungarn und in Polen, ab, während sich die Importe durchweg – mit der Ausnahme der Slowakei – stark verlangsamten.

Die Notenbanken in einigen Ländern der Region haben seit Beginn des Jahres 2006 ihre Leitzinsen schrittweise angehoben. Dies geschah auch in Hinblick auf die Entwicklung der Inflation, die sich infolge des starken Anstiegs der Ölpreise teilweise stärker erhöhte. Die Wechselkurse veränderten sich real effektiv nicht nennenswert.

Die wirtschaftliche Expansion in den neuen EU-Mitgliedsländern wird im Prognosezeitraum schwungvoll sein. Der Konsum wird sich beleben. Die Investitionen werden sich spürbar erhöhen. Auch die Exporte werden infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs im Euroraum verstärkt steigen, während die Importe etwas verhaltener zulegen werden. Der Preise werden insgesamt moderat steigen. Die Arbeitslosenquote wird langsam sinken.

Deutschland: Outputlücke schließt sich

Die deutsche Wirtschaft ist gut in das neue Jahr gestartet: Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im ersten Quartal 2006 saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 % zu. Im Vorjahresvergleich der Ursprungswerte fiel auch auf Grund der größeren Zahl an Arbeitstagen das Wirtschaftswachstum mit 2,9 % sogar so kräftig aus wie seit sechs Jahren nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit ging merklich zurück; der Preisanstieg war trotz des neuerlichen Höhenflugs der Ölpreise zuletzt nicht höher als am Jahresanfang.

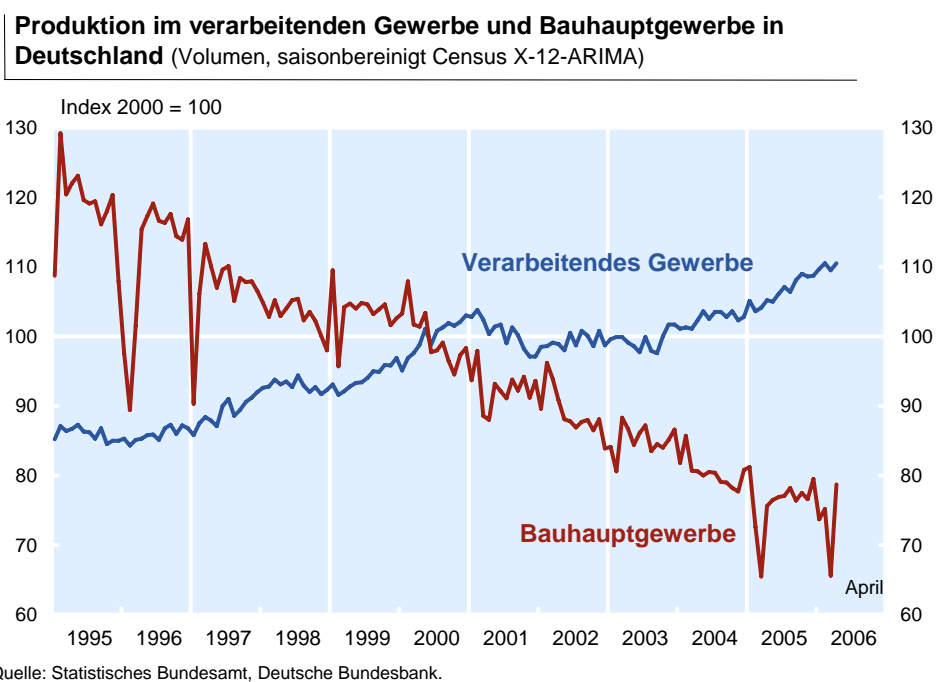
Zurzeit wird die aktuelle Prognose von Produktion und Einkommensverwendung dadurch erschwert, dass wichtige Informationen der Bundesstatistik fehlen oder nur mit erheblicher Verzögerung publiziert werden. So sind bislang vom Landesamt für Statistik in Nordrhein-Westfalen (NRW) aufgrund des erst im Mai beendeten Streiks im Öffentlichen Dienst noch keine Ergebnisse zu den Auftragseingängen in der Industrie für die Monate Februar bis April geliefert worden. Die letzten komplett vorliegenden Angaben zum Auftragseingang stammen somit vom Januar dieses Jahres. Mehr als sonst muss sich deshalb das Urteil zur aktuellen Konjunkturlage auf Modellrechnungen und Umfrageergebnisse stützen.

Das Statistische Bundesamt hat in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie für das fehlende Bundesergebnis beim Auftragseingang eine Vorabschätzung durchgeführt. Das Land NRW ist für die Bundesstatistik besonders wichtig, weil es einen Anteil von über 20 % am Ergebnis für das Bundesgebiet hat. In der Rechnung wurde unterstellt, dass sich die Auftragseingänge für das Land NRW für die Monate Februar bis April 2006 mit den gleichen Veränderungsraten wie die Auftragseingänge im übrigen Bundesgebiet entwickelt haben. Demzufolge dürfte sich der Auftragseingang in der Industrie im Durchschnitt der Monate Februar bis April im Vergleich zum Durchschnitt der Monate November bis Januar kräftig erhöht haben, saisonbereinigt beläuft sich das Plus auf 1,5 %. Da sich im Durchschnitt des ersten Quartals 2006 gegenüber dem Jahresendquartal lediglich ein Zuwachs von 0,9 % ergab, muss der Auftragseingang im April stark beschleunigt gestiegen sein.

Auch die Produktionsstatistik war von fehlenden Angaben für NRW betroffen, inzwischen liegen aber erste Schätzungen für das Bundesgebiet vor. Demnach stieg die Industrieproduktion saisonbereinigt im April gegenüber dem Vormonat um 0,9 %, der Rückgang im März ist damit ausgeglichen worden. Das Durchschnittsniveau des ersten Quartals wurde im April um 0,6 % überschritten (vgl. Abb. 11). Dabei hat wohl auch das Nachholen streikbedingter Produktionsausfälle im Metallbereich eine Rolle gespielt. Ein merkliches Plus konnten die Hersteller von Vorleistungs- und langlebigen Konsumgütern verbuchen. Die Produktion von Investitionsgütern stagnierte hingegen auf dem

Stand von März. Unter Berücksichtigung der noch ausstehenden Meldungen ist mit einer Korrektur der vorläufigen amtlichen Angaben nach oben zu rechnen.

Abb. 11



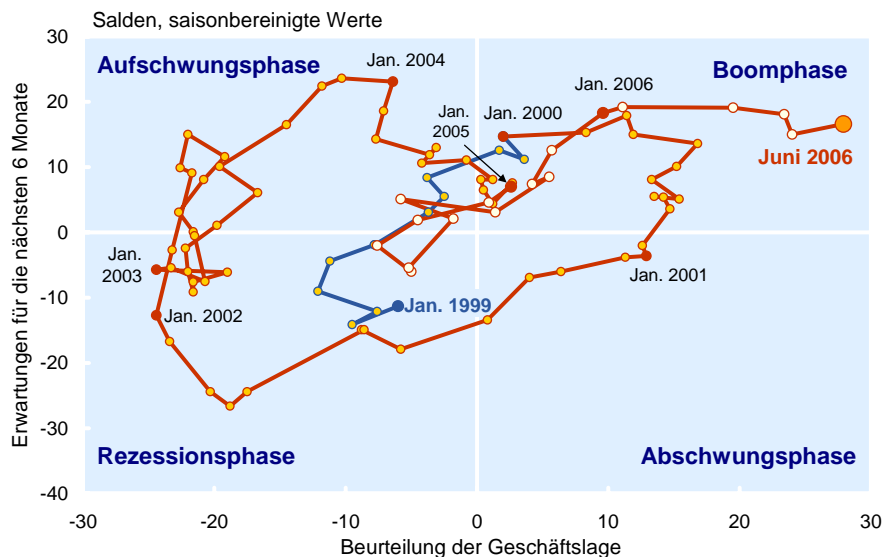
Dies alles steht im Einklang mit den aktuellen Ergebnissen des ifo Konjunkturtests. Der Geschäftsklimaindex in der Industrie¹ erreichte im Juni einen neuen temporären Höchststand; davor war er geringfügig gesunken. Zum siebten Mal in Folge haben sich die Urteile zur aktuellen Lage gebessert, auch die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate wurden günstiger als im Vormonat beurteilt (vgl. Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen). Den Testergebnissen zufolge zog die Nachfrage spürbar an, und die Auftragsbestände sind merklich gestiegen. Die befragten Unternehmen beurteilten ihre Exportaussichten allerdings etwas weniger optimistischer als zuvor, bei den Produktionsplänen wird in leicht geringerem Umfang Expansion signalisiert. Der Auftragsbestand beträgt im Durchschnitt der Industrieunternehmen 2,6 Produktionsmonate, bei den Herstellern von Investitionsgütern 3,6 Monate.

¹ Einschließlich Ernährungsgewerbe.

Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen

Abb. 12

ifo Konjunktur-Uhr¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe: Zusammenhang zwischen der Geschäftslagebeurteilung und den Erwartungen zur Geschäftslage.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Deutschland.

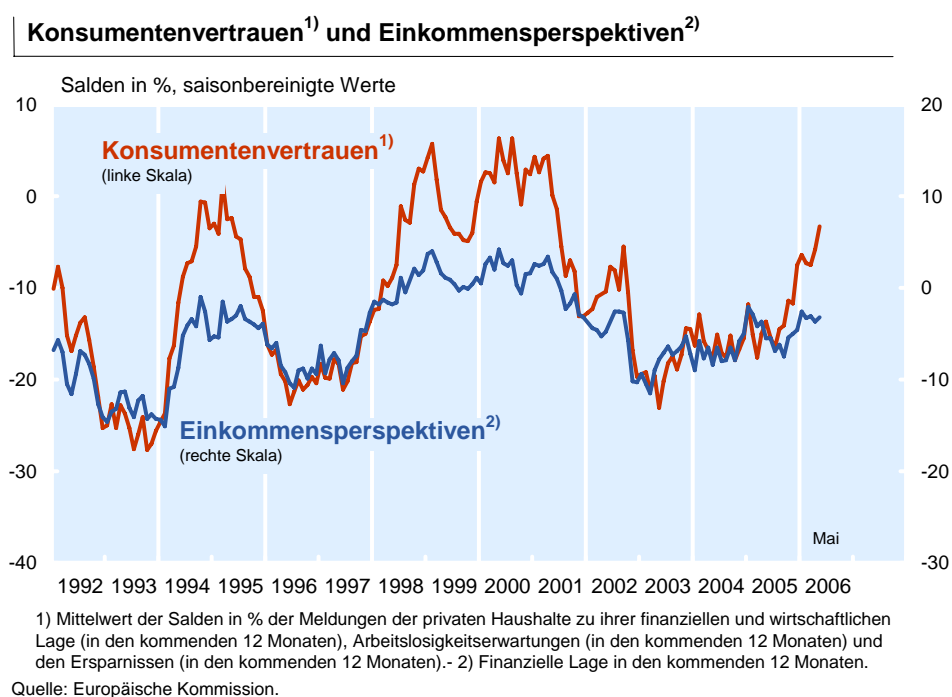
Das ifo Geschäftsklima¹ ist der Mittelwert aus den Komponenten „Geschäftslage“ und „Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate“. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem 4-Quadranten-Schema dargestellt werden („ifo Konjunktur-Uhr“). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den Meldungen „gut“ bzw. „schlecht“) aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den Meldungen „günstiger“ bzw. „ungünstiger“). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 12).

Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per Saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezession (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungsphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftslage und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungsphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus.

¹ Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel $GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200$, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht

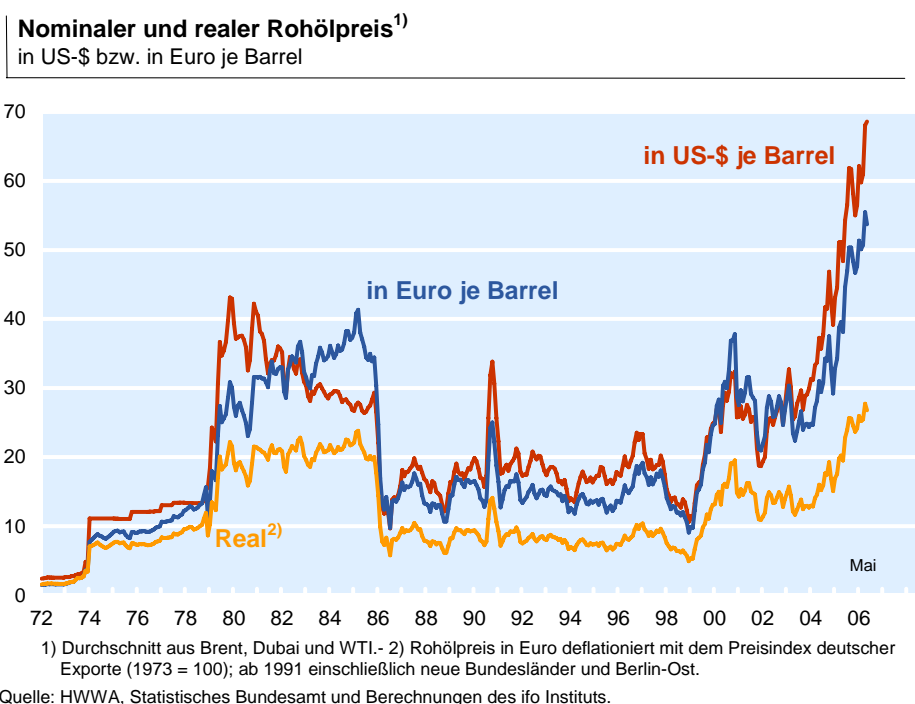
Das Bauhauptgewerbe hat sich nach dem winterbedingtem Einbruch wieder deutlich erholt. Im April stieg die Produktion saisonbereinigt um nicht weniger als 20 %; die witterungsbedingten Einbußen der Vormonate wurden damit nahezu wettgemacht (vgl. Abb. 11). Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich die Bautätigkeit bis zuletzt weiter belebt; per saldo waren nur noch ein Fünftel der befragten Unternehmen mit ihrer aktuellen Geschäftslage unzufrieden gegenüber mehr als der Hälfte wie vor einem Jahr.

Abb. 13



Auch der Handel konnte weiter merklich zulegen. Im Großhandel stiegen die realen Umsätze im April saisonbereinigt um 1,8 %; die im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen rechnen mit einer Fortsetzung des Aufwärtstrends. Im Einzelhandel nahmen die Umsätze, korrigierten Angaben des Statistischen Bundesamts zufolge, real ebenfalls um 1,8 % zu. Das Durchschnittsniveau des ersten Quartals 2006 konnte im Großhandel um 2,4 % übertroffen werden, im Einzelhandel um 0,7 %. Das Konsumentenvertrauen hat sich inzwischen deutlich gebessert, die Einkommenserwartungen sind allerdings noch immer gedrückt (vgl. Abb. 13).

Abb. 14



Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal 2006 gegenüber dem ersten Quartal nach Schätzungen des ifo Instituts saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von reichlich 2 ½ % gestiegen sein. Im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 2006 ergibt sich im Vorjahrsvergleich ein Zuwachs von 1,6 %. Dabei hat der jüngste Höhenflug der Ölpreise erneut einen deutlichen Realeinkommensverlust bewirkt, obwohl die Ölnotierungen in heimischer Währung gerechnet wegen der Aufwertung des Euro nicht so stark gestiegen sind wie auf US-Dollarbasis (vgl. Abb. 14). Die Kaufkrafteinbuße zugunsten des Auslands und hier insbesondere zugunsten der ölexportierenden Länder belief sich im ersten Halbjahr schätzungsweise auf knapp einen Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts.¹

¹ Die Änderung des inländischen Realeinkommens aufgrund einer Änderung der Terms of Trade wird durch die Differenz zwischen der Veränderungsrate des realen BIP und der Veränderungsrate des Realwerts des BIP gemessen (nominales BIP deflationiert mit dem Preisindex für die inländische Verwendung). Zum Terms-of-Trade-Effekt vgl. W. Nierhaus, Realeinkommen im neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ifo Schnelldienst, Jg. 53, Nr. 4, 2000, S. 7-13.

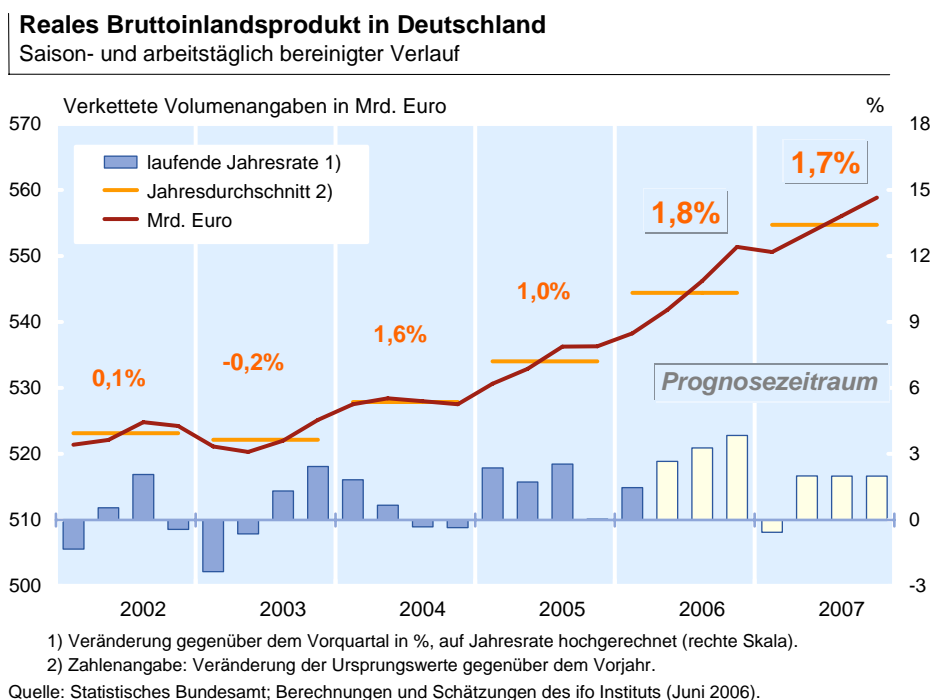
Alles in allem zeigt sich die Konjunktur zur Jahresmitte 2006 gut in Form. Das hervorragende ifo Geschäftsklima indiziert, dass der Aufschwung der deutschen Wirtschaft beträchtlich an Breite gewonnen hat. Neben dem mit hoher Drehzahl laufenden Exportmotor ist nun auch die Binnenkonjunktur in Schwung gekommen. Die Investitionen in Ausrüstungen haben Tritt gefasst; die neuesten Zahlen des ifo Konjunkturtests signalisieren, dass nicht nur die im Sog des Exportbooms stehenden Unternehmen investieren, sondern nun auch die eher binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen. Selbst der private Konsum hat, nach dem Rückgang im Jahresendquartal 2005, zugelegt; zusätzliche Impulse werden in der zweiten Jahreshälfte von vorgezogenen Käufen ausgehen, mit denen die ab Januar kommenden Jahres geltende höhere Mehrwertsteuer kurzfristig noch eingespart werden kann. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,8 % expandieren; nach Ausschaltung der im Vergleich zu 2005 geringeren Zahl an Arbeitstagen um 2 %.

Kasten: Annahmen der Prognose

- Der Welthandel expandiert im Jahr 2006 um 9 % und im nächsten Jahr um 7 ½ % nach 7 ½ % im vergangenen Jahr.
- Der Ölpreis (für die Sorte Nordsee-Brent) beträgt bis Ende 2007 rund 65 US-Dollar pro Barrel.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt im Prognosezeitraum bei 1,25.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöht die Leitzinsen bis Ende 2007 auf ein Niveau von 3,5 %. Die Kapitalmarktzinsen steigen im Verlauf des Prognosezeitraums entsprechend.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stundenbasis im Jahr 2006 um 1,4 % und im Jahr 2007 um 2 %.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet. Neben den Effekten der bereits verabschiedeten Gesetze ist in dieser Prognose auch eine Vielzahl von beabsichtigten oder erwarteten Maßnahmen berücksichtigt (vgl. dazu die Übersicht „Quantifizierung neuer staatlicher Maßnahmen“).

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur durch die massive Erhöhung von Steuern und Abgaben zwar beträchtlich gedämpft; gleichwohl wird sich aber der Aufschwung fortsetzen. Diese Einschätzung stützt sich zu einem großen Teil auf die endogene Konjunktur­dynamik der deutschen Wirtschaft. Nach einem „klassischen“ Abschwung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, der von einem Rückgang der Trendwachstumsrate begleitet war, wurde sowohl bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen im Laufe des Jahres 2004 der untere Wendepunkt erreicht. Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem konjunkturellen Aufschwung, der sich zu Beginn dieses Jahres weiter verstärkt hat. Nach Analysen des ifo Instituts hält ein solcher Aufschwung in der Regel über etwa 4 Jahre an.¹ Deshalb dürften die endogenen Auftriebskräfte, die von einer weiterhin hohen Exportdynamik begleitet werden, im Jahre 2007 kräftig genug sein, dass durch die dämpfenden Effekte der geplanten fiskalpolitischen Maßnahmen der Aufschwung nicht zum Erliegen kommt.

Abb. 15



¹ Vgl. H. Bandholz, G. Flaig, J. Mayr: Wachstum und Konjunktur in OECD-Ländern: Eine langfristige Perspektive, in: ifo Schnelldienst, Jg. 58, Nr. 4, 2005.

Tab. 3

**Eckdaten der Prognose
für die Bundesrepublik Deutschland**

	2004	2005	2006 (1)	2007 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}				
Private Konsumausgaben	0,6	0,2	0,9	0,1
Konsumausgaben des Staates	-1,6	0,1	0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	-0,2	3,0	3,6
Ausrüstungen	2,6	4,0	5,5	6,5
Bauten	-2,3	-3,4	1,0	1,2
Sonstige Anlagen	1,8	1,8	4,5	5,5
Inländische Verwendung	0,6	0,4	1,1	1,0
Exporte	9,3	6,3	9,6	7,7
Importe	7,0	5,3	8,9	6,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,6	1,0	1,8	1,7
Erwerbstätige^{b)} (1000 Personen)	38868	38783	38832	39007
Arbeitslose (1000 Personen)	4381	4861	4601	4451
Arbeitslosenquote^{c)} (in %)	10,2	11,2	10,6	10,3
Verbraucherpreise^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	2,0	1,8	2,5
Finanzierungssaldo des Staates^{e)}				
- in Mrd. EUR	-81,2	-74,5	-61,1	-43,3
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,7	-3,3	-2,7	-1,8
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	1,3	2,2	2,1
Verbraucherpreisindex im Euroraum^{f)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,2	2,3	2,2
<small>1) Prognose des ifo Instituts.- a) Preisbereinigte Angaben.- b) Inlandskonzept.- c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).- d) Verbraucherpreisindex (VPI).- e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).- f) HVPI-EWU (2005=100).</small>				

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

Die Investitionsdynamik bei den Ausrüstungen und im Wirtschaftsbau wird sich im nächsten Jahr nicht abschwächen. Auch das Arbeitsvolumen wird leicht steigen. Außerdem dürfte der negative Effekt der Mehrwertsteuererhöhung auf den Konsum nicht so groß sein wie von vielen befürchtet. Aufgrund der hohen staatlichen Defizite wurde eine Steuererhöhung von vielen bereits seit längerem erwartet und hat zur Konsumschwäche und dem Anstieg der Sparquote in den vergangenen Jahren beigetragen. Durch die Steuererhöhung selbst sinken deshalb das permanente Einkommen und der Konsum

weniger als das gemessene laufende verfügbare Einkommen. Aus all diesen Gründen braucht der private Konsum trotz der Mehrwertsteuererhöhung und anderer Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Einnahmen nicht zu sinken. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1,7 % steigen (vgl. Abb. 15 und Tab. 3), kalenderbereinigt um 1,8 %. Bei einem Potentialwachstum von schätzungsweise 1 ¼ % schließt sich die seit 2003 bestehende Outputlücke im Prognosezeitraum.

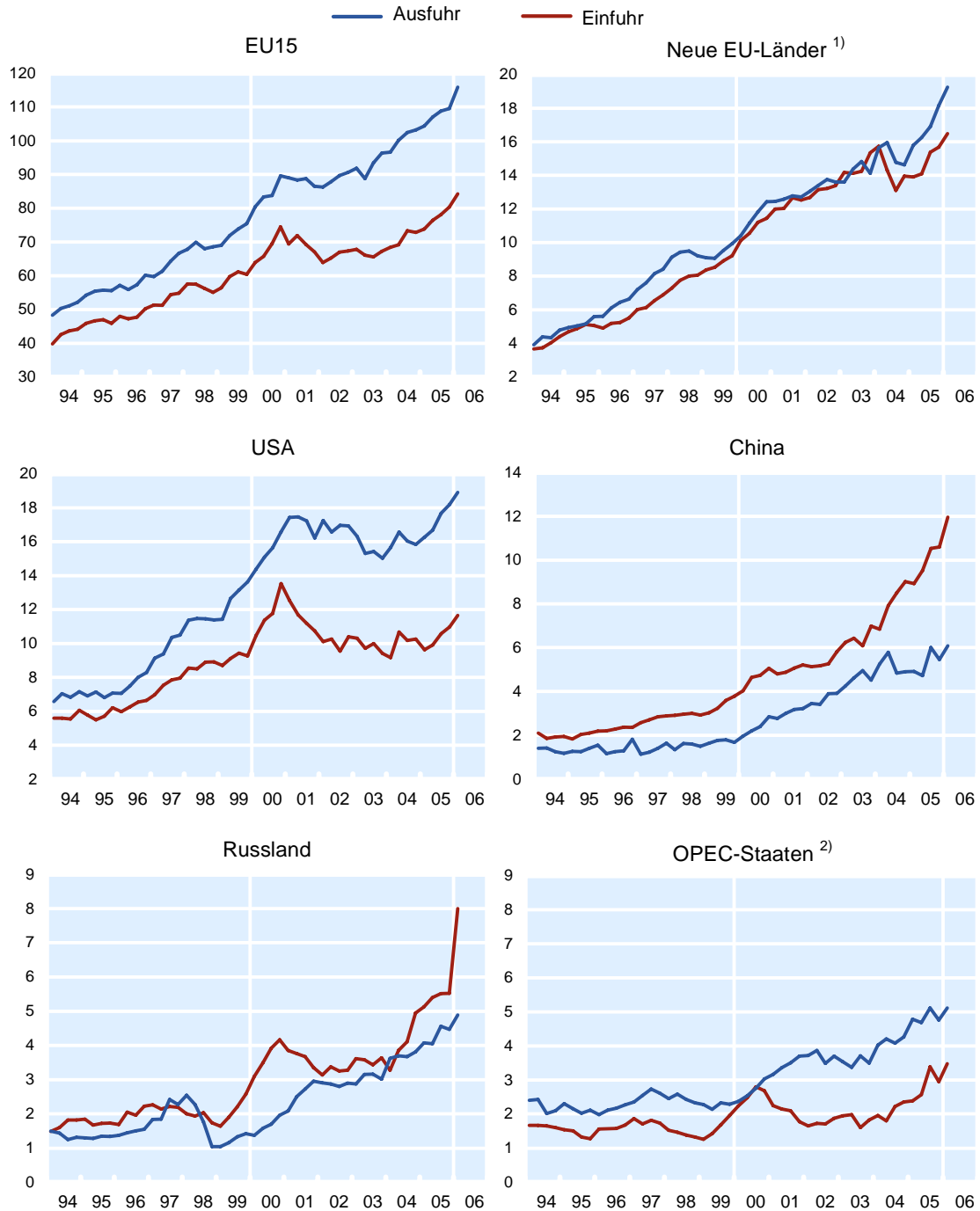
Robuste Exportkonjunktur

Der Außenhandel startete in das Jahr 2006 außerordentlich dynamisch. Im ersten Quartal 2006 nahm die reale Ausfuhr um 4,6 % gegenüber der Vorperiode zu und übertraf damit das Niveau des Vorjahres um 14,2 %. Dabei profitierten die inländischen Exporteure insbesondere von der regen Nachfrage nach deutschen Produkten bei den europäischen Handelspartnern. So gewann die Warenausfuhr in die EU15-Länder beträchtlich an Fahrt (vgl. Abb. 16). Auch die Exporte in die neuen EU-Mitgliedsstaaten sowie die Warenausfuhr in die USA nahmen weiterhin deutlich zu. Zudem konnten die deutschen Exporteure nach einem schwachen vierten Quartal 2005 nun wieder vermehrt Produkte nach China, Russland und in die OPEC-Staaten absetzen (vgl. Abb. 16).

Die Konjunktur in den Industrieländern und in wichtigen Schwellenländern bleibt vorerst kräftig, sodass die deutsche Wirtschaft auch in den nächsten Monaten von der Weltkonjunktur profitieren wird. Leicht bremsend hingegen wirkt die Aufwertung des Euro, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure beeinträchtigt. Für das kommende Jahr wird von einer leichten Abschwächung der Weltkonjunktur ausgegangen, sodass die Dynamik des Welthandels abnehmen dürfte. Allerdings wird jedoch keine weitere Aufwertung des Euro unterstellt. Da der Lohnanstieg in Deutschland im Vergleich zu der Lohnentwicklung in wichtigen Wettbewerbsländern moderat verlaufen dürfte und die Lohnnebenkosten sinken, wird sich die

Abb. 16

Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen
 Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro

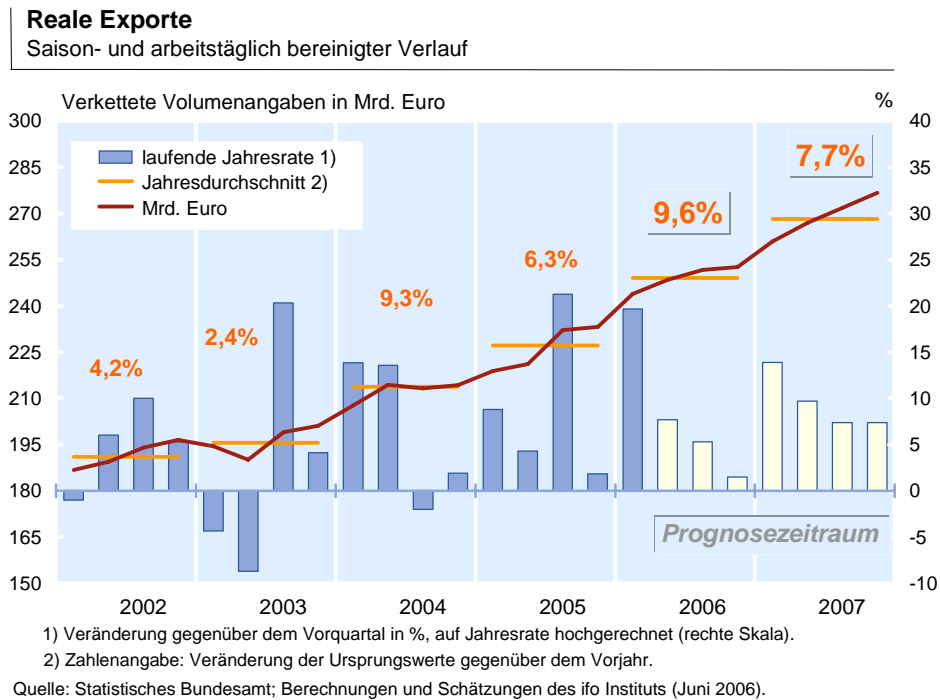


1) Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Slowenien, Malta, Zypern.- 2) Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure im Zeitablauf leicht verbessern. Stützend wirkt zudem die weiterhin robuste Konjunktur im Euroraum. Alles in allem wird in diesem Jahr mit einem Exportwachstum von 9,6 % und im nächsten Jahr von 7,7 % gerechnet (vgl. Abb. 17).

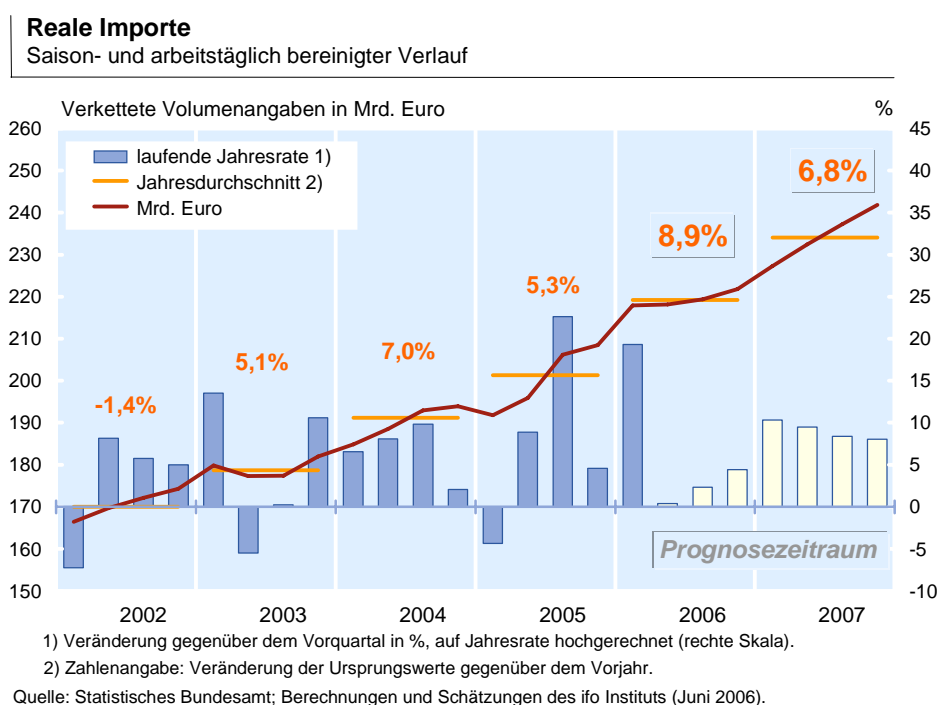
Abb. 17



Ebenso dynamisch wie die Ausfuhr entwickelte sich die Einfuhr zu Beginn des Jahres. Die reale Einfuhr nahm um 4,5 % gegenüber der Vorperiode zu und lag damit um 16,2 % über dem Niveau des Vorjahres. Die hohe Einfuhrtätigkeit ist zu einem Teil auf den ungewöhnlich kalten Winter zurückzuführen. So mussten wegen der Kälte mehr Brennstoffezeugnisse zum Heizen eingeführt werden. Insbesondere die nominale Wareneinfuhr aus Russland und aus den OPEC-Staaten stieg im ersten Quartal stark an (vgl. Abb.16), was die große Energienachfrage sowie den Ölpreisanstieg widerspiegelt. Zum anderen zog auch die höhere Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft vermehrt Importe an.

Mit fortschreitender konjunktureller Erholung wird auch die Importnachfrage weiter ansteigen. Zusätzliche Impulse auf die Einfuhr dürften durch das Vorziehen von Konsumgüterkäufen infolge der Anhebung der Mehrwertsteuer zum Beginn 2007 ausgehen. Für das Jahr 2006 wird daher ein Zuwachs bei den Importen von 8,9 % erwartet. Bei anhaltend guter Konjunktur wird im Jahr 2007 mit einem Importanstieg von 6,8 % gerechnet (vgl. Abb.18). Der Außenbeitrag wird in diesem und im nächsten Jahr einen $\frac{3}{4}$ Prozentpunkt zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts beitragen (vgl. Tab. 4).

Abb. 18



Die Ausfuhrpreise stiegen im vergangenen Jahr trotz anhaltenden Aufschwungs der Weltwirtschaft nur um 0,7 % im Jahresdurchschnitt an. Der Preisauftrieb beschleunigte sich jedoch leicht zum Jahresbeginn 2006. Die Ausfuhrpreise nahmen im ersten Quartal um 1,3 % im Vorjahresvergleich zu. Die höheren Energiekosten schlagen sich trotz hohen internationalen Wettbewerbs langsam auch in den Exportpreisen nieder. Der Preisanstieg im Prognosezeitraum wird aber weiterhin gering bleiben, da von einem vergleichsweise moderaten Lohnanstieg in Deutschland ausgegangen wird. Zudem werden im kommenden Jahr die Unternehmen im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung bei den

Lohnnebenkosten entlastet. Für das Jahr 2006 wird mit einem Preisanstieg von 1,6 % gerechnet. Im Jahr 2007 schwächt sich der Preisauftrieb bei nunmehr stabilen Rohstoffpreisen auf 1,0 % im Jahresdurchschnitt ab.

Die Einfuhrpreise haben sich im Verlauf des vergangenen Jahres merklich erhöht und zu Beginn 2006 hat sich der Preisauftrieb nochmals deutlich beschleunigt. Während die Preissteigerungsrate im vierten Quartal 2005 im Vorjahresvergleich noch 2,4 % betrug, sind die Einfuhrpreise im ersten Quartal um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ausschlaggebend dafür war wiederum die deutliche Verteuerung bei den Energie- und Rohstoffpreisen. Mit der Stabilisierung der Preise an den internationalen Rohstoffmärkten wird der Preisauftrieb nachlassen. Gleichwohl dürften im Jahr 2006 die Einfuhrpreise noch um 3,4 % zunehmen. Für das Jahr 2007 bei etwas nachlassender Weltkonjunktur und stabilen Rohstoffpreisen wird eine Preissteigerungsrate von 1,9 % erwartet. Damit dürften sich die Terms of Trade im Jahr 2006 um 1,7 % und im Jahr 2007 nochmals um 0,8 % verschlechtern.

Tab. 4

**Wachstumsbeiträge der Verwendungskomponenten zum Bruttoinlandsprodukt
(preisbereinigte Angaben)**

	2005			2006			2007		
	1.Hj	2.Hj	Jahr	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)
	Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten								
Konsumausgaben	0,1	0,1	0,1	0,4	0,8	0,6	0,2	0,0	0,1
Private Konsumausgaben	0,2	0,0	0,1	0,3	0,8	0,6	0,1	0,0	0,0
Konsumausgaben des Staates	-0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	0,1	0,0	0,4	0,6	0,5	0,8	0,5	0,6
Ausrüstungen	0,4	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5
Bauten	-0,5	-0,1	-0,3	0,0	0,2	0,1	0,3	-0,1	0,1
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,3	0,2	0,2	0,3	-0,4	-0,1	0,0	0,5	0,3
Inländische Verwendung	0,3	0,4	0,3	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Außenbeitrag	0,4	0,8	0,6	0,5	1,0	0,7	1,0	0,5	0,7
Exporte	1,6	3,1	2,4	4,7	3,0	3,9	3,1	3,7	3,4
Importe	-1,2	-2,3	-1,8	-4,2	-2,1	-3,1	-2,0	-3,2	-2,6
Bruttoinlandsprodukt ^{a)}	0,7	1,3	1,0	1,6	2,0	1,8	2,0	1,5	1,7

s) Schätzungen des ifo Instituts.-a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in % ergibt sich aus dem Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; 2006 und 2007: Schätzungen des ifo Instituts.

Verstärktes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen haben den Tiefpunkt durchschritten und befinden sich seit 2004 in der Aufschwungphase. Im vergangenen Jahr sind sie real um 4 % gewachsen, im ersten Quartal 2006 setzte sich der Aufschwung fort. Die Finanzierungsbedingungen sind günstig, die Absatzaussichten werden sich im laufenden Jahr im Inland spürbar verbessern und im Ausland weiterhin gut bleiben. Deshalb ist für den Prognosezeitraum mit einer Fortsetzung der guten Investitionskonjunktur zu rechnen. Die für das nächste Jahr vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung dürfte keine spürbare Dämpfung der Investitionstätigkeit bewirken, ein beginnender Investitionsaufschwung entfaltet erfahrungsgemäß eine mehrjährige selbst tragende Eigendynamik. Zudem wird die Investitionstätigkeit in diesem und im nächsten Jahr durch die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für bewegliche Anlagegüter gestützt. So wurde der Satz der degressiven Abschreibung für die Dauer dieser beiden Jahre auf 30 % (und maximal das Dreifache des Satzes der linearen Abschreibung) erhöht. Dadurch sinken die Kapitalkosten und zusätzliche Investitionsvorhaben werden rentabel. Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhen sich 2006 voraussichtlich um 5,5 % und 2007 um 6,5 %. Die Investitionen in sonstige Anlagen steigen um 4,5 % bzw. um 5,5 % (vgl. Abb. 19).

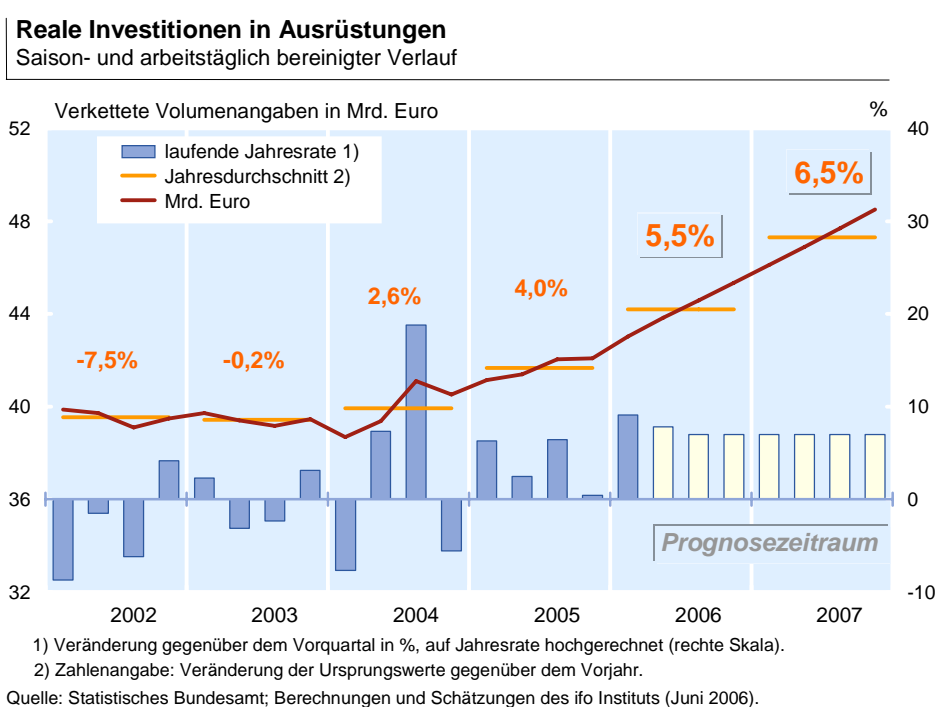
Bauinvestitionen stabilisieren sich

Die Bauinvestitionen sind im vergangenen Jahr mit 3,4% nochmals kräftig gesunken, im Verlaufe des Jahres hat sich aber eine Stabilisierung abgezeichnet und im Wohn- wie im Nichtwohnbau haben Auftriebskräfte die Oberhand gewonnen. Im Prognosezeitraum dürfte sich die positive Grundtendenz fortsetzen, darauf deuten der jüngste Anstieg der Auftragseingänge, die Zunahme der Baugenehmigungen und die Verbesserung des Geschäftsklimas im Baugewerbe hin.

Der Wohnungsbau wird in diesem Jahr von der Abarbeitung der zahlreichen Bauanträge getragen, die vor Abschaffung der Eigenheimzulage noch rechtzeitig gestellt wurden. Darüber hinaus wird die im nächsten Jahr stattfindende Mehrwertsteuererhöhung einen

Anreiz für private Haushalte bieten, Bauvorhaben in dieses Jahr vorzuziehen. Solche von der Wirtschaftspolitik ausgelösten Vorzieheffekte begründen allerdings nur eine vorübergehende Belebung. Deshalb ist für das kommende Jahr wieder mit einer Abschwächung der Baukonjunktur zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt werden die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr um 1 % zunehmen und im nächsten Jahr um 0,5 %.

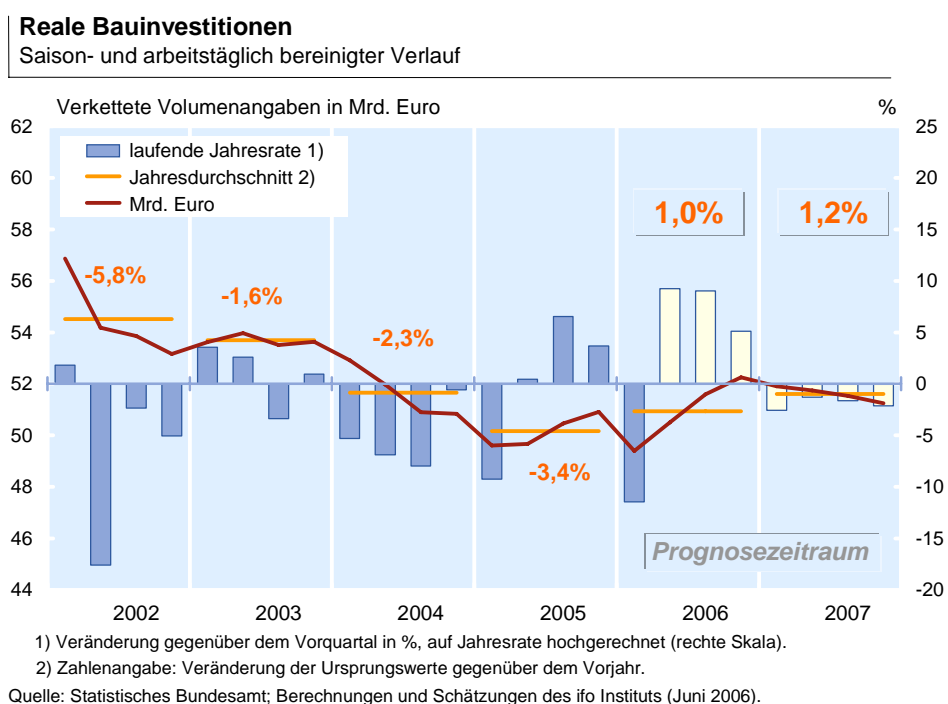
Abb. 19



Der gewerbliche Bau wird im Prognosezeitraum am konjunkturellen Aufschwung teilhaben. Das zeichnet sich in der Entwicklung der Baugenehmigungen ab, auch die Mieten für Büroimmobilien sinken kaum noch. Nach zehnjährigem realem Rückgang der Investitionen im Wirtschaftsbau dürften die Angebotsüberhänge nun weitgehend abgebaut sind. Die Indikatoren deuten darauf hin, dass im Prognosezeitraum mit einem Zuwachs zu rechnen ist. Die gewerblichen Bauinvestitionen werden in diesem Jahr um 0,4 % und im nächsten Jahr um fast 2 % zunehmen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen gingen in den beiden vergangenen Jahren deutlich zurück. Das war zum Teil durch Immobilienverkäufe bedingt, aber auch die Neubauten der öffentlichen Hand waren rückläufig. In diesem Jahr kann es zu einer Trendwende kommen. Die Haushaltssituation der Kommunen, auf die rund zwei Drittel der öffentlichen Bauinvestitionen entfallen, hat sich verbessert, die Einnahmen des Bundes aus der LKW-Maut, die für Verkehrsinfrastrukturen vorgesehen sind, steigen, und die Bundesmittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden aufgestockt. Geht man davon aus, dass das Transaktionsvolumen bei den Immobilienverkäufen des Staates in etwa aufrechterhalten wird, dann ist für dieses und nächstes Jahr mit einem realen Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen von jeweils etwa 2,5 % zu rechnen (vgl. Tab. 5).

Abb. 20



Alle in allem dürften die gesamten Bauinvestitionen im Jahr 2006 um 1 % steigen und im Jahr 2007 - aufgrund des hohen Überhangs - um 1,2 % (vgl. Abb. 20).

Tab. 5

Reale Bruttoinvestitionen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2005	2006	2007
Bauten	-3,4	1,0	1,2
Wohnungsbau	-3,4	1,0	0,5
Nichtwohnungsbau	-3,3	1,0	2,0
Gewerblicher Bau	-1,9	0,4	1,9
Öffentlicher Bau	-7,2	2,5	2,3
Ausrüstungen	4,0	5,5	6,5
Sonstige Anlagen	1,8	4,5	5,5
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	3,0	3,6
Vorratsinvestitionen¹⁾	1,4	-0,8	1,1
Bruttoinvestitionen	1,2	2,2	4,8

1) Beitrag zur Veränderung der Bruttoinvestitionen in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

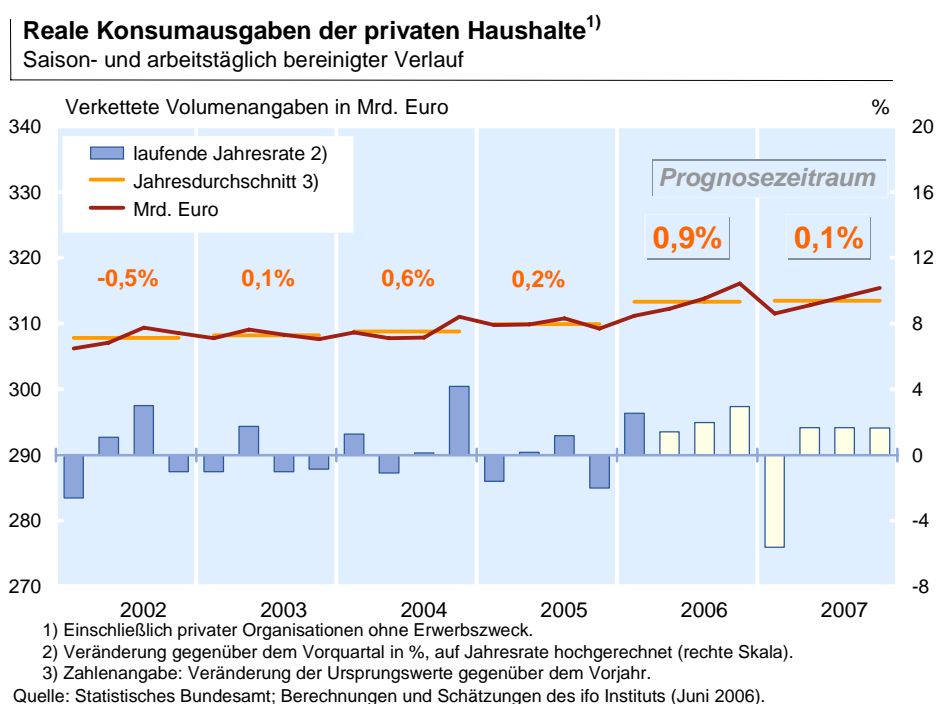
Privater Konsum zieht an

Der private Konsum ist gut in das laufende Jahr gestartet. Im ersten Quartal ist er saisonbereinigt merklich gestiegen, nachdem er in den Herbstmonaten 2005 vorübergehend gesunken war. Aufgrund des strengen Winterwetters waren vor allem Nahrungsmittel, Heizenergie, Bekleidung und Nahrungsmittel gefragt. Die Ausgaben für Verkehr, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sind hingegen saisonbereinigt gesunken. Maßgeblich für das Plus bei den gesamten realen Konsumausgaben war der leichte Zuwachs der real verfügbaren Einkommen; bei rückläufigen Masseneinkommen expandierten die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und aus Vermögen recht kräftig. Auch ist die Sparquote saisonbereinigt leicht gesunken.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte der private Konsum zunächst verhalten steigen. In den Herbstmonaten ist aber mit einer beschleunigten Zunahme zu rechnen, weil die höhere Mehrwertsteuer im nächsten Jahr zu vorgezogenen Käufen insbesondere von langlebigen Gebrauchsgütern anregt. Die Bruttolöhne und -gehälter wird um 1,3 % expandieren; anders als im Vorjahr sinkt das bezahlte Arbeitsvolumen nicht mehr. Die Nettobezüge nehmen allerdings bei voll greifender Steuerprogression merklich schwächer zu (0,8 %).

Die monetären Sozialleistungen stagnieren sogar. Die gesetzlichen Altersbezüge werden zum dritten Mal in Folge nicht angehoben; ohne Schutzklauseln in der Rentenformel hätte es sogar eine „Minus-Runde“ gegeben.¹ Die Leistungen beim Arbeitslosengeld I gehen infolge der sinkenden Empfängerzahlen weiter zurück, während sie beim Arbeitslosengeld II – trotz der jüngst beschlossenen Einschränkungen – aufgrund der zunehmenden Zahl an Bedarfsgemeinschaften steigen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 2,1% zunehmen, real um 0,6 %. Bei leicht rückläufiger Sparquote wird der reale private Konsum um 0,9 % expandieren.

Abb. 21



¹ Die rentenanpassungsrelevante Lohnentwicklung war im Jahr 2005 für die alten Bundesländer mit 0,2 % leicht positiv, für die neuen Bundesländer mit rund -0,4 % negativ. Unter Berücksichtigung von Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor hätte sich rein rechnerisch eine Rentenanpassung von -0,91 % in den alten Bundesländern und -1,51 % in den neuen Ländern ergeben. Aufgrund von Schutzklauseln, nach denen zum einen Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor nicht zu einer Verringerung des aktuellen Rentenwertes führen dürfen und zum anderen die Rentenanpassung Ost mindestens der Westanpassung entsprechen muss, ergibt sich nunmehr im Osten wie im Westen zur Jahresmitte 2006 somit eine weitere „Rentenanpassung Null“. Das im Februar vom Bundeskabinett zusätzlich beschlossene „Gesetz zur Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte ab 1. Juli 2006“, das eine mögliche Rentenkürzung auch als Folge *sinkender Löhne* verhindern sollte, gelangt deshalb nicht zur Anwendung. Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Das Gesetz zur Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte ab 1. Juli 2006, Fakten und Hintergründe, Material zur Information, 6. April 2006.

Ab kommendem Jahr wird das Realeinkommen durch das Maßnahmenpaket der Bundesregierung dauerhaft gedrückt. Die Nettolöhne und -gehälter werden trotz des leichten Anstiegs der Beschäftigung und einer geringeren Belastung mit Sozialbeiträgen real nur wenig zunehmen. Die monetären Sozialleistungen dürften trotz der Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes und einer leichten Erhöhung der Renten zur Jahresmitte nominal leicht rückläufig sein. Maßgeblich hierfür sind die Minderzahlungen von Arbeitslosengeld I und Einsparungen beim Arbeitslosengeld II. Darüber hinaus wird die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die Erhöhung der Versicherungssteuer, die Abschaffung der Eigenheimzulage, die Kürzung des Sparerfreibetrags, die Reduzierung der Entfernungspauschale, die Einschränkung von Leistungen für Familien mit älteren Kindern und die Einführung einer „Reichensteuer“ geschmälert (vgl. Tab. 6). Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2007 bei leicht sinkender Sparquote um 0,1 % steigen (vgl. Abb. 21).

Tab. 6

Ausgewählte fiskalische Maßnahmen im Bereich private Haushalte

	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Grundfreibetrag (in Euro)	6322	6681	6902	7206	7235	7235	7664	7664	7664	7664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	19,9	16,0	15,0	15,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	48,5	45,0	42,0	42,0	42,0
Erhöhter Spitzensteuersatz (in %) ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Allgemeiner Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	51,17	47,48	44,31	44,31	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone (in Euro)	61377	61377	58643	54999	55008	55008	52152	52152	52152	52152
Steuerersparnis ³⁾ gegenüber 1998 (in Euro) bei einem zu versteuernden Einkommen von 15 000 Euro	-	111	283	525	534	534	814	845	845	845
von 25 000 Euro	-	72	283	703	707	707	1100	1193	1193	1193
von 50 000 Euro	-	22	29	745	751	751	1524	2095	2095	2095
nachrichtlich:										
Arbeitnehmer-Pauschbetrag (in Euro)	1023	1023	1023	1023	1044	1044	920	920	920	920
Sparerfreibetrag (in Euro)	3068	3068	1534	1534	1550	1550	1370	1370	1370	750
Kinderfreibetrag ⁴⁾ (in Euro)	3534	3534	3534	3534	3648	3648	3648	3648	3648	3648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren ⁴⁾ (in Euro)	-	-	1546	1546	-	-	-	-	-	-
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung ⁴⁾ (in Euro)	-	-	-	-	2160	2160	2160	2160	2160	2160
nachrichtlich:										
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in Euro) ⁵⁾	112	128	138	138	154	154	154	154	154	154
Kinderzuschlag pro Kind und Monat maximal ⁶⁾ (in Euro)	-	-	-	-	-	-	-	140	140	140

¹⁾ DM-Beträge umgerechnet und auf ganze Euro-Beträge gerundet.

²⁾ Erhöhter Spitzensteuersatz auf zu versteuernde Einkommen (bis zum 1. Januar 2008 ohne Gewinneinkünfte) oberhalb von 250 000 Euro/500 000 Euro für Ledige / zusammenveranlagte Ehegatten (Reichensteuer).

³⁾ Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags.

⁴⁾ Unter Anrechnung des Kindergelds.

⁵⁾ Das Kindergeld (wie auch der Kinderfreibetrag) wird ab dem Jahr 2007 nur noch bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs gewährt (mit Übergangsregelung für Kinder der Geburtsjahrgänge 1980 bis 1982).

⁶⁾ Für Eltern, die mit eigenem Einkommen ihren (elterlichen) Bedarf abdecken, jedoch ohne den Kinderzuschlag wegen des Bedarfs der Kinder Anspruch auf Arbeitslosengeld II hätten. Die Zahlung ist auf 36 Monate begrenzt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

Mehrwertsteuer treibt Verbraucherpreise

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wird im ersten Halbjahr 2006 vom Höhenflug der Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe dominiert. Im Juni lag die Inflationsrate nach vorläufigen amtlichen Schätzungen im Vorjahresvergleich bei 2,0 % (Jahresdurchschnitt 2005: +2,0 %). Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln herausgerechnet ist, betrug im Mai nur 0,7 % und war damit sogar noch etwas niedriger als im Jahr 2005. (vgl. Tab. 7).¹

Tab. 7

Entwicklung des Verbraucherpreisindex^{a)}

	Wägungs- schema in Promille	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 Mai
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Kerninflation^{b)}	744,98	0,9	0,5	0,8	1,4	1,4	0,7	0,8	0,8	0,7
Übrige Lebenshaltung	255,02	1,1	0,8	3,5	3,7	1,2	2,1	4,2	5,0	5,3
davon:										
Saisonabh. Nahrungsmittel	16,26	2,1	-0,7	-0,9	7,9	-0,8	-1,3	-2,5	1,5	3,6
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	51,01	-5,7	6,5	22,8	3,6	-1,0	4,6	4,6	11,9	16,5
Heizöl	7,90	-17,0	19,5	53,6	-5,9	-9,1	3,8	11,4	32,0	28,9
Kraftstoffe	33,70	-5,2	7,0	18,9	1,0	2,3	4,6	4,4	8,1	12,7
Gas	9,41	0,2	-2,1	16,3	21,2	-5,6	5,1	1,0	10,5	19,8
Güter mit administrierten Preisen	187,75	2,5	-0,2	-0,4	3,3	2,0	1,8	4,6	3,4	2,2
darunter:										
Strom	18,65	0,0	3,9	-4,9	4,0	4,5	5,0	4,0	4,2	3,8
Umlagen für Fernwärme u.ä.	10,37	-2,4	-4,8	16,4	19,4	-0,9	-0,2	2,1	14,4	18,0
Telefondienstleistungen	20,96	-1,3	-11,5	-12,5	-6,9	2,1	1,1	-0,4	-0,9	-3,5
Gesundheitspflege	35,46	5,2	-3,3	0,2	1,3	0,6	0,5	19,2	1,9	0,7
Beiträge zur Krankenversicherung	8,91	4,5	3,3	3,7	3,5	3,6	3,3	3,0	2,5	1,4
Kraftfahrzeugsteuer	6,08	8,9	6,8	2,6	23,4	0,0	0,6	5,2	19,9	0,7
Lebenshaltung insgesamt	1000,00	0,9	0,6	1,4	2,0	1,4	1,1	1,6	2,0	1,9
davon: ^{c)}										
Kerninflation	-	0,7	0,4	0,6	1,0	1,1	0,5	0,6	0,6	0,5
Übrige Lebenshaltung	-	0,3	0,2	0,9	0,9	0,3	0,6	1,1	1,3	1,5
Saisonabh. Nahrungsmittel	-	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0,2	0,3	1,0	0,2	-0,1	0,2	0,2	0,6	0,9
Güter mit administrierten Preisen	-	0,5	0,0	-0,1	0,6	0,4	0,3	0,9	0,7	0,5

a) Verbraucherpreisindex, 2000 = 100.
b) In der Abgrenzung des ifo Instituts.
c) Inflationsbeiträge der Teilindizes zur Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozentpunkten.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

¹ Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

Der Preisauftrieb wird sich bis zum Ende dieses Jahres etwas abschwächen. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise und die Umlagen für die Fernwärme dürften zwar noch weiter steigen. Zu berücksichtigen ist auch, dass teureres gewordenes Öl als Vorleistung in die heimische Produktion eingeht. Auch werden sich im Gefolge der anziehenden Konsumkonjunktur Preisüberwälzungsspielräume eröffnen. Darüber hinaus wird es im Vorfeld der Mehrwertsteueranhebung wohl hier und da zu vorweggenommenen Preiserhöhungen kommen.¹ Dämpfend wirkt im Vorjahresvergleich, dass die Tabaksteueranhebung von September 2005 sich nur noch bis August auf die Inflationsrate auswirken wird. Alles in allem wird sich die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt 2006 um 1,8 % verteuern.

Im Januar 2007 wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte angehoben. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamts wirkt sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt mit knapp ½ Prozentpunkt auf die Inflationsrate aus. Dabei wurde unterstellt, dass es beim ermäßigten Steuersatz von 7 % für bestimmte Güter bleibt und auch im Übrigen die einschlägigen Regelungen (insbesondere Mehrwertsteuerbefreiungen) nicht verändert werden. Weiter wurde angenommen, dass eine solche Mehrwertsteuererhöhung vollständig auf die Verbraucher überwälzt würde. Rein rechnerisch würde demnach eine Anhebung um 3 Prozentpunkte die Inflationsrate um knapp 1,5 Prozentpunkte steigen ließe. Preisdämpfend wirkt sich hingegen die Senkung der Sozialversicherungsbeitragssätze aus. Absehbar ist eine Reduktion um per Saldo 1,3 Prozentpunkte (-2,0 Punkte in der Arbeitslosenversicherung, +0,4 Punkte in der Rentenversicherung, +0,3 Punkte in der gesetzlichen Krankenversicherung), die

¹ Gegen eine in der zweiten Jahreshälfte flächendeckenden Preisanpassung „nach oben“ sprechen nicht nur die insgesamt verhaltenen Gangart der Konsumkonjunktur und die nach wie vor starke Rabattgewährung, sondern auch der Sachverhalt, dass Preisänderungen in Deutschland normalerweise „kräftig“ ausfallen. Nach einer Studie der Deutschen Bundesbank, die u.a. auf anonymisierten Mikrodaten des ifo Konjunkturtests beruht, werden auf der Erzeugerstufe im Mittel Preise bei jedem Schritt um 3 ½ % angehoben oder gesenkt, auf der Verbraucherstufe sind es nicht weniger als 9 %. Es kommt hinzu, dass die meisten Preise vergleichsweise selten angepasst werden. Auf der Verbraucherstufe gibt es viele Anbieter, die ihre Preise normalerweise nach genau zwölf Monaten oder einem Vielfachen davon anpassen. Schließlich ändern Handel und Dienstleister ihre Preise bevorzugt in den ersten Monaten des Jahres. Vgl. Deutsche Bundesbank, Zum Preissetzungsverhalten in Deutschland, Monatsbericht, Dezember 2005, S. 15-28.

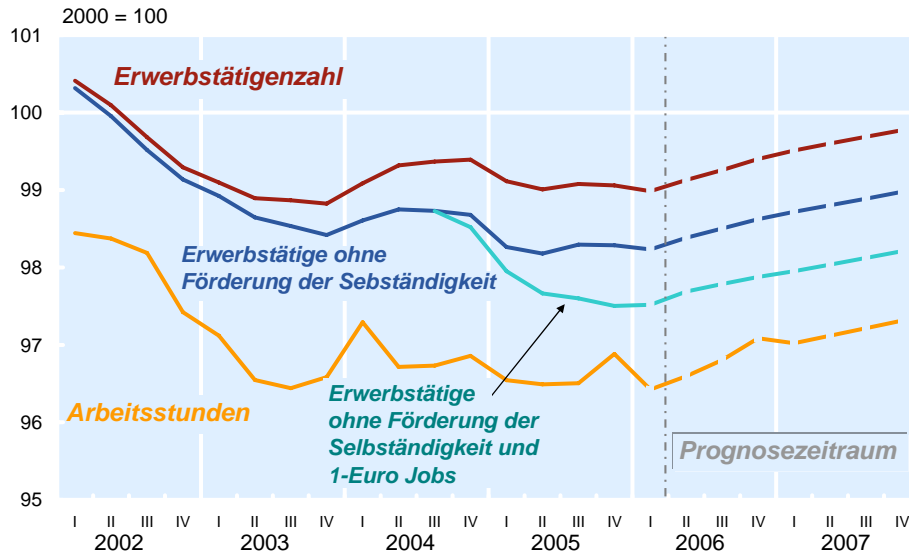
häftig auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitgeber entfällt. Eine Ermäßigung der Lohnnebenkosten wirkt sich nicht unmittelbar im Verbraucherpreisindex aus, da es sich hierbei um Sozialbeiträge und nicht um Verbrauchsausgaben handelt. Es könnten aber hierdurch allgemein die Preise für im Inland erzeugte Güter und Dienstleistungen sinken; hier wird mit einer Reduktion um knapp 0,5 Prozentpunkte gerechnet. Per Saldo dürfte das Verbraucherpreisniveau durch die fiskalischen Maßnahmen insgesamt um rund 1 % angehoben werden. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,5 % steigen. Die Inflationsrate wird dabei im Lauf des Jahres von 3 % auf 2 % sinken, weil der diesjährige Ölpreisschub nach und nach in die statistische Basis eingeht.

Arbeitsmarktsituation hellt sich konjunkturell etwas auf

Der Arbeitsmarkt hat sich im Verlauf des Jahres 2005 stabilisiert. Im ersten Quartal 2006 zeichnete sich jedoch noch keine durchgreifende Besserung ab. Im Dienstleistungssektor konnte das Beschäftigungsniveau annähernd gehalten werden. Nachdem sich der Rückgang der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft im Verlauf des Jahres 2005 zunächst verlangsamt hatte, war er im ersten Quartal 2006 wieder etwas stärker ausgeprägt. Allerdings dürfte die ungünstige Beschäftigungsentwicklung aufgrund des kalten und langanhaltenden Winterwetters etwas überzeichnet zu sein. Im April konnte das Vorjahresniveau bei den Erwerbstätigen leicht übertroffen werden.

Die Zahl der Erwerbstätigen war im ersten Quartal 2006 um 50 000 niedriger als im vergleichbaren Vorjahresquartal. Auch das um Arbeitstageeffekte bereinigte geleistete Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen lag mit gut 0,1% leicht unter dem Vorjahresniveau, so dass die Produktionssteigerung allein durch eine erhöhte Produktivität erzielt wurde (vgl. Abb. 22). Im gleichen Zeitraum nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 190 000 ab, wobei etwa 40 000 auf den Abbau von geförderter Beschäftigung zurückzuführen sind.

Abb. 22

Geleistete Arbeitsstunden¹⁾ und Zahl der Erwerbstätigen²⁾ im Inland


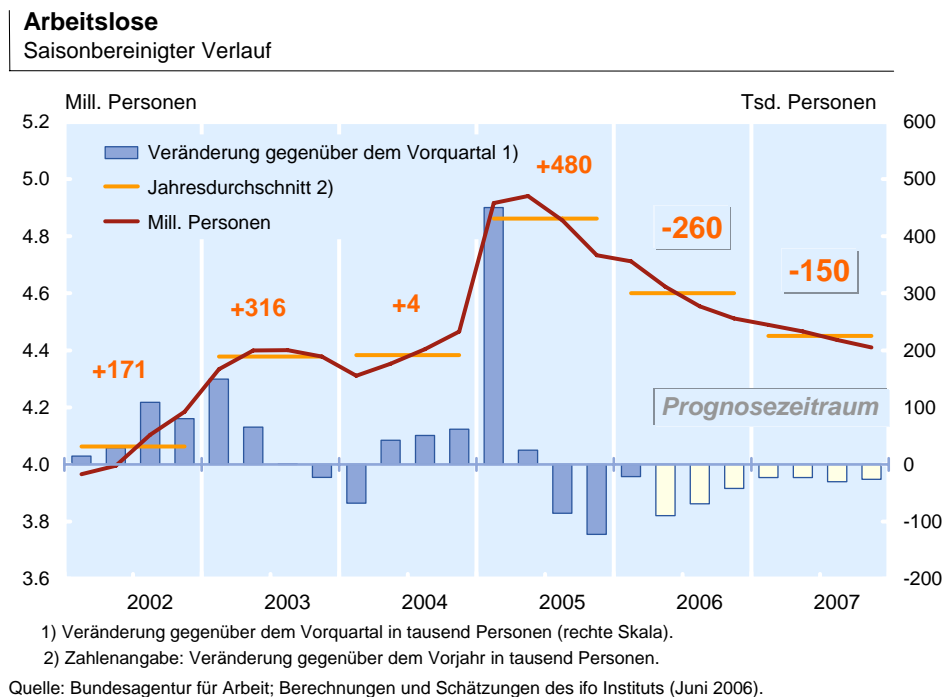
1) Saison- und kalenderbereinigt.

2) Saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

Gleichzeitig fand eine Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Hartz-Reformen statt. Dabei erhöhte sich vor allem die Zahl der gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten (Zusatzjobs), die um gut 150 000 stiegen. Die geförderte Selbständigkeit im Rahmen der Ich-AG nahm im betrachteten Zeitraum nicht mehr zu, jedoch hat sich die ungeforderte Selbständigkeit recht positiv entwickelt (+90 000). Nachdem die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im ersten Halbjahr 2005 deutlich gefallen war, ist seitdem wieder ein deutlicher Aufbau dieser Stellen auszumachen. Die Zahl der Minijobs stieg dabei auf etwa 4,9 Mill. und lag im ersten Quartal 2006 um gut 180 000 über dem Vorjahr. Zum Teil dürfte der starke Aufbau geringfügiger Beschäftigung als Reaktion auf den voran gegangenen starken Rückgang zu verstehen sein: Zu Beginn des Jahres 2005 dürften manche Empfänger von Arbeitslosengeld II ihren Minijob wegen zu geringer Hinzuverdienstmöglichkeiten zu Gunsten eines Zusatzjobs aufgegeben haben. Diese Stellen wurden dann vermutlich nur allmählich neu besetzt oder ganz durch kostengünstigere Zusatzjobs substituiert. Dementsprechend war der Aufbau geringfügiger Beschäftigung in den vergangenen Monaten wieder etwas verhaltener.

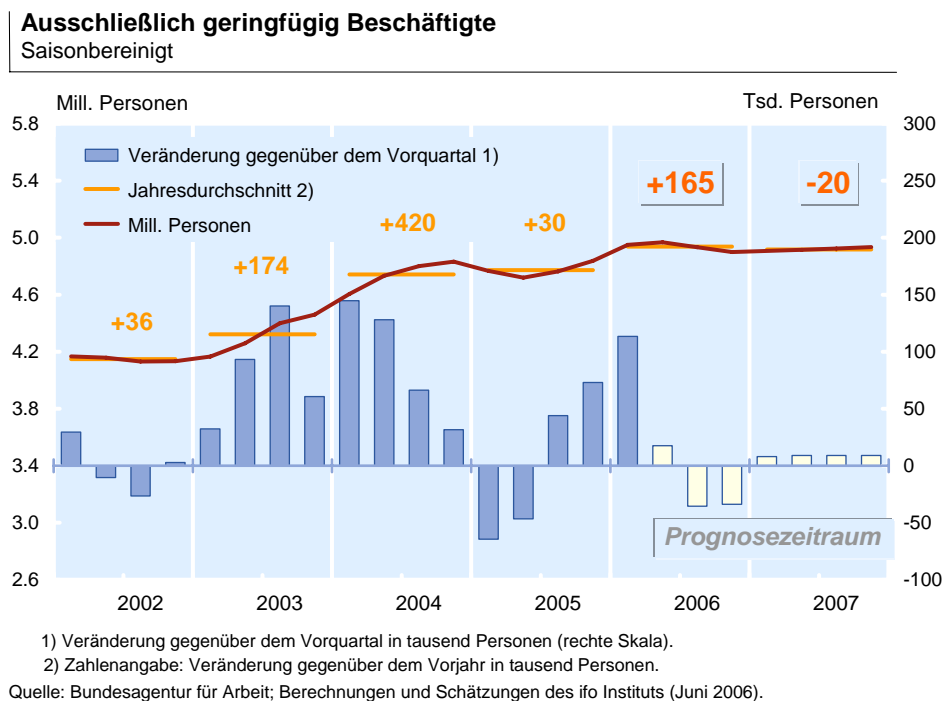
Abb. 23



Nachdem die Arbeitslosigkeit durch die Hartz-Reformen zu Beginn des Jahres 2005 sprunghaft gestiegen war (vgl. Abb. 23), sank sie im weiteren Jahresverlauf deutlich. Zunächst fielen Personen, die nicht arbeitsfähig waren oder denen kein Arbeitslosengeld zustand aus der Statistik heraus. Außerdem wurden vermehrt Zusatzjobs geschaffen, die die Zahl der Arbeitslosen verringerten. Die überdurchschnittlich kalte Witterung überlagerte dann zu Beginn des Jahres 2006 die positive Tendenz. Hinzu kam, dass wegen der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I im Januar vermehrt ältere Arbeitnehmer entlassen wurden, um den Bezug des Arbeitslosengeldes noch nach der alten Regelung zu ermöglichen. Insgesamt führte dies zu vorübergehend steigenden Arbeitslosenzahlen. Als Gegenreaktion auf das überdurchschnittlich kalte Wetter zu Jahresbeginn sank die Arbeitslosenzahl im April wieder deutlich. Im Mai waren 350 000 Arbeitslose weniger registriert als im Vorjahresmonat. Das entsprach nach Ausschaltung saisonal bedingter Schwankungen einem Rückgang von 90 000 gegenüber dem Vormonat, wobei gleichzeitig ein leichter Abbau von Zusatzjobs stattfand.

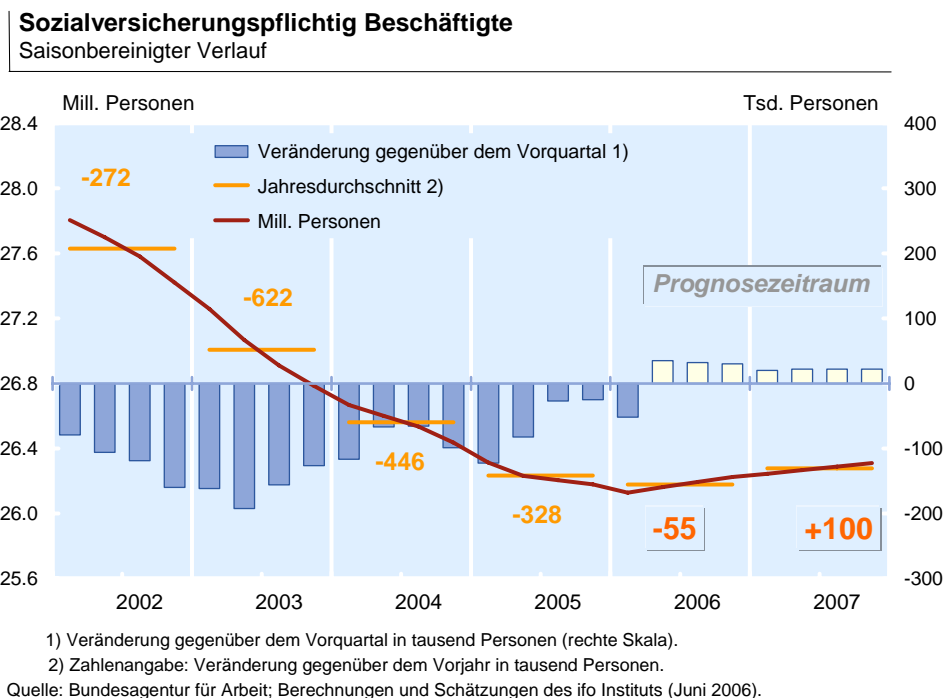
Im vergangenen Jahr sind die Löhne sehr langsam gestiegen. Die Tariflöhne pro Stunde in der Gesamtwirtschaft waren im ersten Quartal 2006 um 0,9 % höher als im vergleichbaren Vorjahresquartal, was in etwa auch der Zuwachsrate der letzten eineinhalb Jahre entspricht. Im produzierenden Gewerbe fiel die Lohnsteigerung mit 1,7 % etwas höher aus, war aber ebenfalls vergleichbar mit den vergangenen Quartalen. Die effektiven Lohnkosten sind gegenüber dem ersten Quartal 2005 um 0,5 % gestiegen. Die Lohndrift blieb damit weiter negativ (-0,4 %). Für das laufende Jahr sind in vielen Bereichen inzwischen Tarifverträge abgeschlossen worden. In der Metallindustrie werden die Löhne für 3,2 Mio. Beschäftigte um 3 % angehoben. Im öffentlichen Dienst dagegen bleiben die Löhne im Prognosezeitraum in etwa konstant und für die Beschäftigten im Einzelhandel steigen die Gehälter nur um 1 %. 2006 sollte der Anstieg der Tariflöhne mit 1,4 % wieder etwas höher ausfallen als im Vorjahr. Die Tariflohnsteigerung wird in 2007 im Gefolge der guten Konjunktur im Durchschnitt auf 2 % veranschlagt; in ähnlicher Größenordnung werden sich auch die effektiven Stundenlöhne erhöhen.

Abb. 24



Im Jahr 2006 wird sich die Lage am Arbeitsmarkt durch die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion konjunkturell weiter aufhellen. Bei den Minijobs kommt der Stellenaufbau allerdings zum Stillstand (vgl. Abb. 24). Ein Grund hierfür ist die Anhebung der Abgabepauschale für Arbeitgeber am 1. Juli 2006 von 25 auf 30 %. Im Zuge dessen dürften die sozialversicherungspflichtigen Midijobs (400 bis 800 Euro) an Attraktivität gewinnen. Außerdem scheint das Potential für geringfügig entlohnte Stellen, die mit Teilzeitkräften besetzt werden können, zunächst ausgeschöpft zu sein.

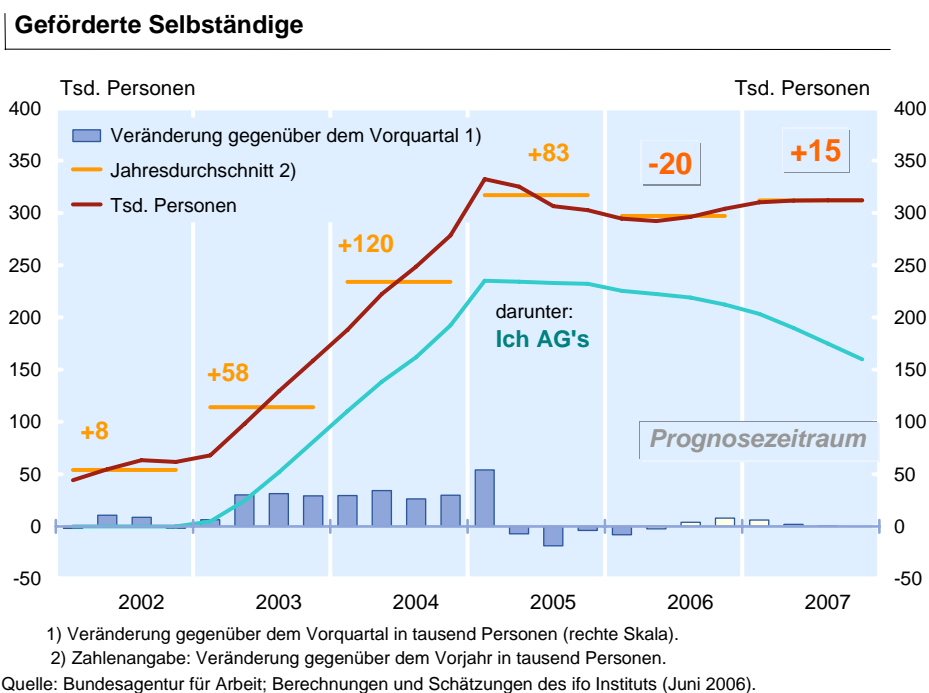
Abb. 25



Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird im Jahresdurchschnitt 2006 um 55 000 unter dem Wert des Vorjahres liegen, was im Verlauf der kommenden drei Quartale saisonbereinigt einer Zunahme von 90 000 entspricht (vgl. Abb. 25). Dieser Anstieg ist zum Teil auch ein Resultat der ab Juli 2006 im Vergleich zu Minijobs höheren Attraktivität der Midijobs. Die konjunkturelle Dynamik wird dazu führen, dass sich der Anstieg der Selbständigenzahl im Jahr 2006 fortsetzt (+55 000). Durch die

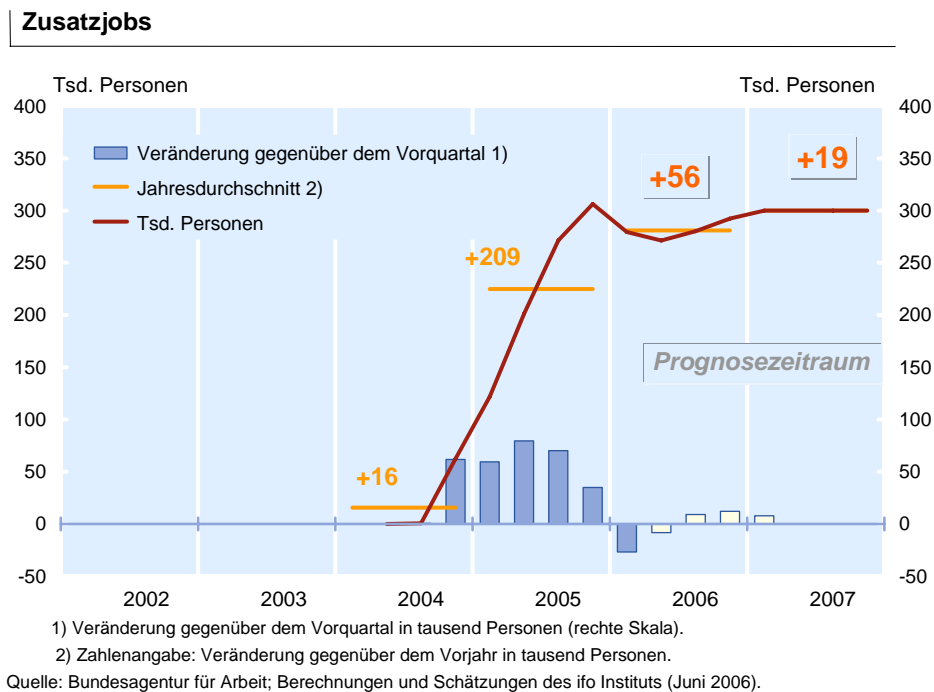
Neuregelung der Förderung der Begründung einer selbständigen Tätigkeit aus der Arbeitslosigkeit heraus werden ab 1. August 2006 sowohl Ich-AG als auch Überbrückungsgeld im „Gründungszuschuss“ zusammengefasst. Die Bezugsdauer ist mit 9 bzw. 15 Monaten jedoch erheblich kürzer als bei der bisherigen Ich-AG. Für Empfänger von Arbeitslosengeld II besteht weiterhin die Möglichkeit, über das Einstiegsgeld eine Förderung zu erhalten, was auch zunehmend geschieht. Die Zahl der geförderten Selbständigen insgesamt dürfte sich durch die Neuregelungen allerdings kaum verändern (vgl. Abb. 26).

Abb. 26



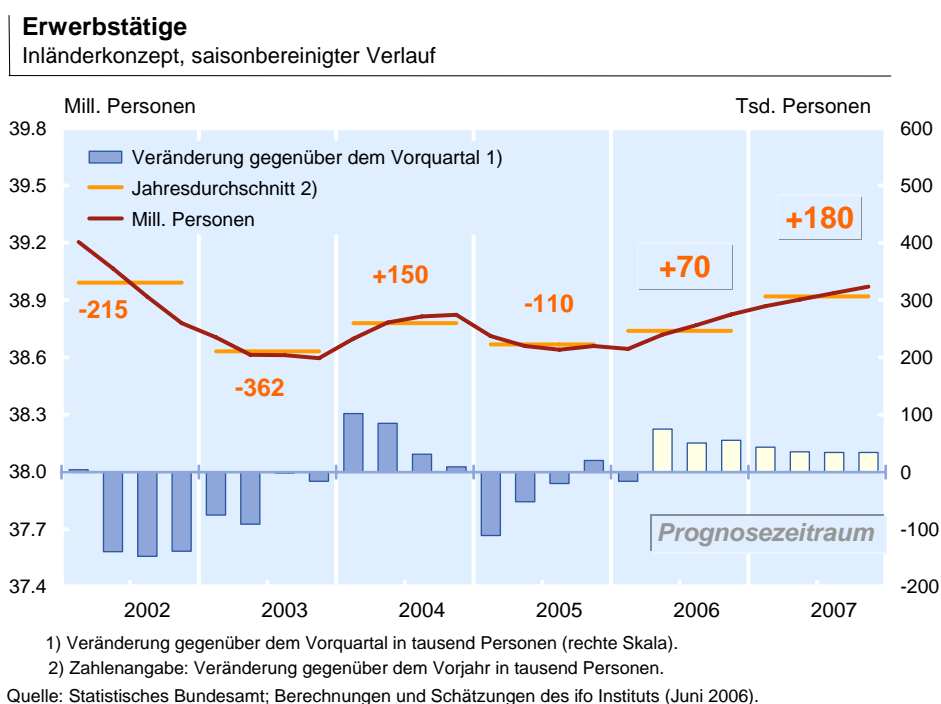
Im Verlauf des Jahres dürften auch wieder mehr Zusatzjobs vermittelt werden, so dass bis zum Jahresende etwa 300 000 solcher Stellen bestehen sollten (vgl. Abb. 27). Insgesamt wird die Erwerbstätigkeit 2006 um 70 000 zunehmen

Abb. 27



Im Verlauf des nächsten Jahres steigt die Erwerbstätigkeit etwas langsamer; im Jahresdurchschnitt nimmt die Zahl der Erwerbstätigen um 180 000 zu (vgl. Abb. 28). Weitere Minijobs werden nach der Neuregelung der Abgaben nur noch in geringem Umfang geschaffen, aufgrund des Unterhangs wird der Vorjahresdurchschnitt um 20 000 unterschritten. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt im Jahresdurchschnitt 2007 um 100 000. Auch die Zahl der Selbständigen wird sich weiter erhöhen, trotz eines nur geringen Ausbaus geförderter Existenzen wird sie jahresdurchschnittlich um 70 000 zunehmen. Die Zusatzjobs dürften sich bei einer Gesamtzahl von etwa 300 000 stabilisieren und damit nicht mehr zur Veränderung der Beschäftigung beitragen.

Abb. 28



Die Zahl der Arbeitslosen wird im weiteren Verlauf dieses Jahres erneut abnehmen, auch weil angenommen wird, dass weitere Zusatzjobs bereitgestellt werden. Da kaum neue Minijobs entstehen, die vielfach mit Personen besetzt werden, die aus der stillen Reserve kommen, werden die neuen Arbeitsplätze auch mit Personen besetzt, die bisher arbeitslos waren. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit wird sich somit auch bei den Arbeitslosenzahlen bemerkbar machen. Im Jahresdurchschnitt 2006 wird die Zahl der Arbeitslosen um 260 000 sinken. Im nächsten Jahr wird die Arbeitslosigkeit aus konjunkturellen Gründen dann noch um 150 000 zurückgehen (vgl. Tab. 8).

Finanzlage der öffentlichen Haushalte wird allmählich besser

Die Einnahmen des Staates steigen im Jahr 2006 um knapp 2 % gegenüber dem Vorjahr. Den größten Anteil am Einnahmewachstum haben die Steuern. Sie nehmen – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) – um 3,7 % gegenüber dem Vorjahr zu. Der beschleunigte Anstieg ergibt sich einerseits aus einem deutlichen Wachstum der Einkommen- und Vermögensteuern (+5,1 %) und

Tab. 8

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1000 Personen

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Erwerbstätige Inländer	38.994	38.632	38.782	38.672	38.742	38.922
Arbeitnehmer	34.991	34.560	34.564	34.317	34.332	34.442
darunter:						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.629	27.007	26.561	26.233	26.178	26.278
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.148	4.322	4.742	4.772	4.937	4.917
Zusatzjobs			16	225	281	300
Selbständige	4.003	4.072	4.218	4.355	4.410	4.480
darunter:						
geförderte Selbständigkeit	54	114	234	317	297	312
Pendlersaldo	102	90	86	111	90	85
Erwerbstätige Inland	39.096	38.722	38.868	38.783	38.832	39.007
Arbeitslose ¹⁾	4.061	4.377	4.381	4.861	4.601	4.451
Arbeitslosenquote ²⁾	9,4	10,2	10,2	11,2	10,6	10,3
Erwerbslose ³⁾	3.229	3.703	3.931	3.893	3.253	2.993
Erwerbslosenquote ⁴⁾	7,6	8,7	9,2	9,1	7,7	7,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Beschäftigung schaffende Maßnahmen ⁵⁾	194	145	119	62	35	35
Berufliche Vollzeitweiterbildung	340	260	184	113	100	90
Eignungsfeststellung, Trainingsmaßnahmen	74	93	95	67	60	55

¹⁾ Ab 2004 ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen,
²⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).
³⁾ Definition der ILO.
⁴⁾ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).
⁵⁾ Struktur Anpassungsmaßnahmen (Restabwicklung), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Infrastrukturmaßnahmen
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit;
 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

andererseits aus den Mehreinnahmen bei den Produktions- und Importabgaben (+2,6 %). Verantwortlich hierfür ist im Wesentlichen der erneute Zuwachs bei der veranlagten Einkommensteuer. Dieser beträgt rund 4 Mrd. Euro (+40 %) und ist insbesondere auf den Abbau von Steuervergünstigungen zurückzuführen (vgl. Übersicht: Quantifizierung staatlicher Maßnahmen): Hierzu gehört die Streichung der Möglichkeit zur Verlustverrechnung aus Steuerstundungsmodellen. Darüber hinaus lässt die Körperschaftsteuer nochmals einen starken Zuwachs erwarten, der (infolge der temporär verbesserten Abschreibungsbedingungen in 2006 und 2007) mit rund 20 % etwas geringer ausfallen dürfte als im vorangegangenen Jahr. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer liegen dagegen um nur etwa 1 % über dem Vorjahreswert. Dieser eher verhaltene Anstieg ist größtenteils auf den geringen Anstieg der Lohnsumme zurückzuführen.

Quantifizierung neuer staatlicher Maßnahmen

Einnahmen und Ausgaben des Staates in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen¹⁾
Differenz zur Basis (= ohne die jeweilige Einzelmaßnahme) bzw. zum Jahr 2005

lfd. Nr.	Bezeichnung	2006	2007
		Mrd. EUR	
	Einnahmen	-1,7	13,5
1	<u>Steuern</u>	<u>-1,9</u>	<u>24,8</u>
1.1	Anhebung Mehrwertsteuer		21,5
1.2	Anhebung Versicherungsteuer		1,8
1.3	Beschränkung Verlustverrechnung	0,6	1,6
1.4	Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen	0,3	0,6
1.5	Absetzbarkeit Modernisierungsaufwendungen, Kinderbetreuung	-0,5	-1,7
1.6	erhöhte Abschreibungssätze	-1,1	-3,7
1.7	Änderung Ist-Besteuerung Umsatzsteuer	-1,2	-0,3
1.8	Steuerliches Sofortprogramm	0,1	0,7
1.9	Reichensteuer		0,1
1.10	Kürzung Sparerfreibetrag		0,8
1.11	Kürzung Entfernungspauschale/Arbeitszimmer/Bergmannsprämien		1,5
1.12	Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen	0,1	0,2
1.13	Neuregelung der Besteuerung von Biokraftstoffen		1,5
2	<u>Sozialbeiträge</u>	<u>0,2</u>	<u>-10,7</u>
2.1	Senkung Beitragssatz Arbeitslosenversicherung		-15,0
2.2	Anhebung Beitragssatz Rentenversicherung		3,2
2.3	Anhebung Beitragssatz Krankenversicherung		3,0
2.4	Einschränkung der Beitragsfreiheit für Lohnzuschläge	0,1	0,2
2.5	Sozialversicherungsbeiträge auf Minijobs und in der Gleitzone	0,1	0,3
2.6	Reduzierung Krankenversicherungsbeiträge Arbeitslosengeld II	-0,1	-0,2
2.7	Reduzierung Rentenversicherungsbeiträge Arbeitslosengeld II		-2,3
2.8	unterstellte Sozialversicherungsbeiträge durch höheren Rentenversicherungsbeitragssatz		0,1
3	<u>empfangene Vermögenstransfers</u>	<u>0,0</u>	<u>-0,6</u>
3.1	Reduktion Erbschaftsteuer bei Fortführung eines Unternehmens		-0,6
	Ausgaben	-2,7	-4,6
4	<u>Vorleistungen</u>	<u>-1,1</u>	<u>-1,0</u>
4.1	Kürzung Verwaltungsausgaben des Bundes	-0,4	-0,4
4.2	Kürzung bei Hartz IV	-0,1	-0,2
4.3	Einsparungen beim Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit	-0,6	-0,7
4.4	Zusätzliche Ausgaben durch Mehrwertsteueranhebung		0,3
5	<u>Arbeitnehmerentgelt</u>	<u>-0,3</u>	<u>-0,6</u>
5.1	Kürzung Sonderzahlung für Aktive	-0,3	-0,3
5.2	unterstellte Sozialversicherungsbeiträge		0,1
5.3	tatsächliche Sozialversicherungsbeiträge		-0,5
6	<u>Subventionen</u>	<u>0,5</u>	<u>1,2</u>
6.1	Zusätzliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	0,5	1,0
6.2	Zusätzliche Ausgaben für Gebäudesanierungsprogramm	0,1	0,2
6.3	Einsparungen beim Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit	-0,2	-0,2
7	<u>Monetäre Sozialleistungen</u>	<u>-1,3</u>	<u>-3,4</u>
7.1	Kürzung Sonderzahlung für Pensionäre	-0,3	-0,3
7.2	Hartz IV: Anpassung Grundsicherung Ost an Westniveau	0,2	0,3
7.3	Hartz IV: Reduzierung Krankenversicherungsbeiträge Arbeitslosengeld II	-0,1	-0,2
7.4	Hartz IV: Reduzierung Rentenversicherungsbeiträge Arbeitslosengeld II		-2,3
7.5	Hartz IV: Verschärfung der Voraussetzungen für Leistungsanspruch für Jüngere	-0,2	-0,6
7.6	Hartz IV: Weitere Kürzungen	-0,4	-1,3
7.7	Einsparungen beim Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit	-0,5	-0,7
7.8	Höhere Beiträge des Staates in Folge der Anhebung des Rentenversicherungsbeitragssatzes		0,2
7.9	Höhere Beiträge des Staates in Folge der Anhebung des Krankenversicherungsbeitragssatzes		0,4
7.10	Elterngeld		1,0
8	<u>Soziale Sachleistungen</u>	<u>-0,8</u>	<u>-0,5</u>
8.1	Arzneimittelsparpaket	-0,8	-1,3
8.2	Zusätzliche Ausgaben durch Mehrwertsteueranhebung		0,8
9	<u>Bruttoinvestitionen</u>	<u>0,5</u>	<u>1,2</u>
9.1	Verkehrsinvestitionen des Bundes	0,5	1,0
9.2	Zusätzliche Ausgaben durch Mehrwertsteueranhebung		0,2
10	<u>geleistete Vermögenstransfers</u>	<u>-0,2</u>	<u>-1,5</u>
10.1	Abschaffung Eigenheimzulage	-0,2	-1,5
	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	1,0	18,1
	Nachrichtlich: weitere staatsinterne Transaktionen (aus der Sicht des Bundes)		
11.1	Bundeszuschuss an die KV (Veränderung zum Vorjahr)	1,7	-2,7
11.2	Verminderung des allgemeinen Bundeszuschusses zur RV	-0,2	-0,3
11.3	1 %-Punkt Mehrwertsteuer an die Bundesagentur für Arbeit		-6,5

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundungsdifferenzen bedingt.

Quelle: Verschiedene Gesetzentwürfe und Pressemitteilungen der Bundesregierung und der Bundesministerien, Pressemeldungen; Annahmen, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Der

Anstieg des Steueraufkommens von Produktions- und Importabgaben lässt sich insbesondere auf Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer (+2,8 %) und auf einen Zuwachs bei der Gewerbesteuer (+6,5 %) zurückführen. Diese positiven Entwicklungen sowohl bei der Umsatzsteuer als auch der Gewerbesteuer sind im Wesentlichen der konjunkturellen Wirtschaftslage zuzuschreiben. Hinzu kommt – im Zusammenhang mit der Abschaffung der Eigenheimzulage – ein kräftiger Anstieg bei der Grunderwerbsteuer.

Die Einnahmen des Staates aus Sozialversicherungsbeiträgen nehmen im Jahr 2006 um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr zu. Während die Arbeitgeberbeiträge nahezu stagnieren (+0,4 %), steigen die Zahlungen der Arbeitnehmer (+2,3 %) deutlich. Dies ist eine Folge des zur Jahresmitte 2005 eingeführten Sonderbeitrags bei der Gesetzlichen Krankenversicherung. Damals wurde der allgemeine Beitragssatz um 0,9 Prozentpunkte gesenkt und gleichzeitig ein zusätzlicher Beitragssatz von ebenfalls 0,9 Prozentpunkten eingeführt, den die Arbeitnehmer (und auch die Rentenempfänger) alleine zu tragen haben. Die sonstigen Beiträge sinken um rund 2 %, weil die Anzahl der Arbeitslosengeld I-Empfänger kräftig sinkt, für die die Bundesagentur für Arbeit Beiträge an die Renten-, die Pflege- und die Krankenversicherung leisten muss. Zwar wird auf der anderen Seite der Kreis der Bezieher von Arbeitslosengeld II größer und damit die hierfür anfallenden Sozialversicherungsbeiträge, was aber wegen der deutlich niedrigeren Bemessungsgrößen nicht so stark ins Gewicht fällt.

Insgesamt kann die Sozialversicherung im laufenden Jahr mit einem kleinen Finanzierungsüberschuss rechnen, der Kassenabschluss der einzelnen Versicherungszweige wird aber sehr unterschiedlich ausfallen. So wird das Defizit in der Rentenversicherung (in der Abgrenzung der VGR) sogar noch etwas größer ausfallen als 2005. Zwar erhalten sie wie die übrigen Versicherungsträger 2006 de facto zusätzliche Zahlungen dadurch, dass die Fälligkeitstermine für die Abführung der Beiträge für Lohn- und Gehaltsempfänger vorgezogen wurden, nach den Buchungsregeln der VGR – hier wird die Beitragszahlung periodengerecht zugeordnet – hat dies jedoch keine Auswirkungen. Die Gesetzlichen Krankenversicherungen können (als Gesamtheit) einen kleinen Über-

schuss erwarten, der allerdings nahezu ausschließlich durch eine um 1,7 Mrd. Euro höhere Zuweisung aus dem Bundeshaushalt zustande kommt.

Mit einer markanten Verbesserung der Finanzlage kann die Bundesagentur für Arbeit rechnen, die im vergangenen Jahr noch ein geringfügiges Defizit in Höhe von 0,4 Mrd. Euro erzielte und 2006 wohl einen Überschuss in der Größenordnung von 8 Mrd. Euro (Abgrenzung der Kassenstatistik) machen dürfte. Zwar ist auch hier der Sondereffekt der vorgezogenen Beitragszahlung (in Höhe von rund 3 Mrd. Euro) zu beachten, aber auch die Ausgaben dürften um etwa 5 Mrd. Euro oder knapp 10 % sinken. Davon entfällt die Hälfte auf die Ausgaben für das Arbeitslosengeld I, der Rest insbesondere auf den so genannten Eingliederungstitel (-1,4 Mrd. Euro) und den Aussteuerungsbetrag, der um ungefähr 0,5 Mrd. Euro niedriger als 2005 ausfallen dürfte. Den Aussteuerungsbetrag muss die Bundesagentur an den Bund für Personen entrichten, die innerhalb von drei Monaten nach dem Ende des Bezugs von Arbeitslosengeld I einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II erwerben.

Bei den übrigen Staatseinnahmen ist einerseits ein Anstieg der Vermögenseinkommen – wegen eines mehr als 2 Mrd. Euro höheren Bundesbankgewinns – und andererseits ein Rückgang bei den sonstigen laufenden Übertragungen zu verzeichnen. Letzteres resultiert aus einem Basiseffekt, weil im Jahr 2005 verschiedene Landesbanken Finanzhilfen an den Staat zurückzahlen mussten.

Bei den Staatsausgaben kann für das laufende Jahr von einem leichten Anstieg um 0,5 % ausgegangen werden. Die monetären Transferzahlungen an die privaten Haushalte – sie enthalten auch die Sozialversicherungsbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen – werden stagnieren; vor dem Hintergrund einer sinkenden Arbeitslosenzahl werden die (Brutto-)Ausgaben für die Arbeitslosigkeit sogar niedriger ausfallen als 2005, wobei dem Rückgang der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ein Anstieg der Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II inkl. Leistungen für Unterkunft und Heizung) gegenübersteht. Netto wird das Minus aber kaum ins Gewicht fallen, weil (wie schon erwähnt) insgesamt weniger Sozialversiche-

rungsbeiträge für Arbeitslose geleistet werden. Die Zahlungen der Rentenversicherung verändern sich kaum, weil zum einen wie in den beiden Vorjahren keine Rentenanpassung stattfindet und zum anderen die Beiträge der Versicherungsträger zur Krankenversicherung der Rentner seit Mitte 2005 abgesenkt sind.

Weiter rückläufig sind im laufenden Jahr die Personalausgaben des Staates (-1,1 %), da der Personalabbau im öffentlichen Dienst fortgeführt wird. Dagegen werden die sozialen Sachleistungen zulegen, wegen der Einsparungen durch das Arzneimittelpargesetz wird der Zuwachs mit 2 % allerdings etwas geringer als im vergangenen Jahr ausfallen. Erstmals seit 2001 werden auch die öffentlichen Investitionen wieder gesteigert, wobei insbesondere – im Zusammenhang mit den Mauteinnahmen – die Verkehrsinvestitionen ausgeweitet werden. Auch für Zinszahlungen müssen die öffentlichen Haushalte infolge der in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Staatsverschuldung mehr ausgeben als 2005.

Im kommenden Jahr wird der Einnahmewachstum des Staates mit 2,7 % so hoch wie seit 1999 nicht mehr ausfallen. Die überaus positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen (+6,3 %) resultiert im Wesentlichen aus dem Wirksamwerden des umfangreichen Maßnahmenpakets der Bundesregierung. Der Anstieg ergibt sich vor allem aus einem starken Zuwachs der Produktions- und Importabgaben (+10,5 %) sowie einer leichten Zunahme bei den Einkommen- und Vermögensteuern (+1,4 %). Das deutliche Mehraufkommen bei den Produktions- und Importabgaben resultiert insbesondere aus der Erhöhung des Mehrwertsteuernormalsatzes um 3 Prozentpunkte von 16 % auf 19 %. Diese wird im Januar 2007 in Kraft treten und – einschließlich konjunkturbedingter Mehreinnahmen – rund 24 Mrd. Euro (+17 %) in die öffentlichen Kassen spülen. Daneben ist auch mit einem Anstieg des Versicherungssteueraufkommens von rund 1,8 Mrd. Euro zu rechnen infolge der beschlossenen Erhöhung des Steuersatzes von derzeit 16 % auf 19 % ebenfalls ab Januar 2007.

Der leichte Zuwachs bei den Einkommen- und Vermögensteuern basiert insbesondere auf einem erneuten Mehraufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer aufgrund

des Abbaus steuerlicher Subventionen. Bei der Körperschaftsteuer ist dagegen in 2007 mit Mindereinnahmen von rund 2 Mrd. Euro zu rechnen infolge der für 2006 und 2007 verbesserten Abschreibungsbedingungen. Hingegen werden Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer zu verzeichnen sein. Diese sind unter anderem ebenfalls auf den Abbau von Steuervergünstigungen zurückzuführen, die im Bereich der Lohnsteuer die Kürzung der Entfernungspauschale ab Januar 2007 vorsehen.

Die Sozialbeiträge werden im Jahr 2007 spürbar sinken (-1,4 % oder 5 ½ Mrd. Euro). Ausschlag gebend dafür ist die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte auf 4,5 %. Dies führt zu Mindereinnahmen von rund 15 Mrd. Euro. Den Beitragsausfall soll die Bundesagentur für Arbeit zur Hälfte durch eigene Einsparungen finanzieren, für die andere Hälfte bekommt sie eine Leistung vom Bund, die einem Prozentpunkt der zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen entsprechen soll (2007: 6,47 Mrd. Euro). Zwar erwirtschaftet die Bundesagentur 2006 einen Überschuss von schätzungsweise 8 Mrd. Euro, doch diese Entwicklung lässt sich nicht ohne Weiteres auf das kommende Jahr fortschreiben, denn die zusätzlichen Beitragseinnahmen des Jahres 2006 (ca. 3 Mrd. Euro) wiederholen sich nicht und der Aussteuerungsbetrag wird wohl deutlich steigen, da nach der Verkürzung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld II (für Personen, die sich seit Februar 2006 arbeitslos gemeldet haben) mehr Personen in das Arbeitslosengeld II wechseln dürften. Andererseits folgt aus dem kürzeren Anspruch auf Arbeitslosengeld ein erneuter deutlicher Rückgang dieser Ausgaben, so dass die Bundesagentur mit einem Defizit von schätzungsweise etwa 1 Mrd. Euro das Jahr abschließen wird, diesen Betrag könnte sie aus der im Jahr 2006 gefüllten Rücklage problemlos entnehmen.

Steigende Beitragssätze sind hingegen in der Rentenversicherung (+0,4 Prozentpunkte) und in der Krankenversicherung (im Durchschnitt +0,3 Prozentpunkte) zu erwarten. Letztere sind im Wesentlichen der Tatsache geschuldet, dass der Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen um 2,7 Mrd. Euro abgesenkt wird. Effekte, die durch die Reform des Gesundheitswesens eventuell schon im Jahr 2007 eintreten, konnten

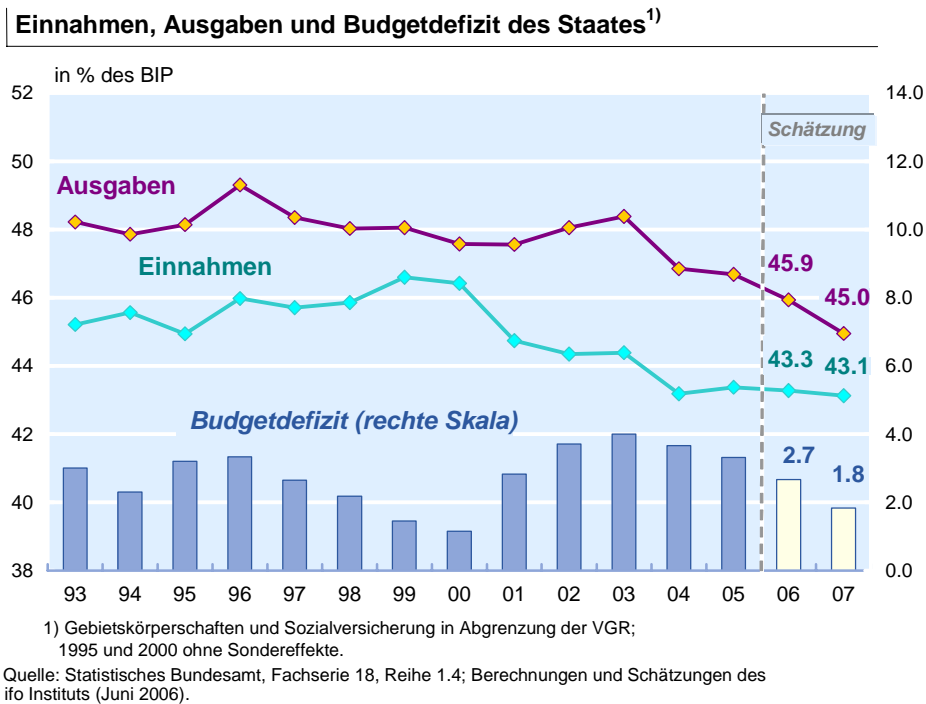
nicht berücksichtigt werden, weil konkrete Einzelheiten zu Maßnahmen und dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens zurzeit noch nicht bekannt sind.

Saldiert sinkt der gesamte Sozialversicherungsbeitragssatz also um 1,3 Prozentpunkte, was für sich genommen zu Mindereinnahmen von etwa 9 Mrd. Euro führt. Andererseits steigt die Summe der Bruttolöhne und -gehälter um reichlich 2 % und damit so stark wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr, und auch für Mini- und Midijobs sowie für Sonn- und Feiertagszuschläge fallen höhere Beiträge an. Gegenzurechnen ist allerdings, dass der Staat sich bei den Sozialversicherungsbeiträgen für Empfänger von Arbeitslosengeld um rund 2,5 Mrd. Euro entlastet.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2007 mit 0,8 % erneut nur sehr moderat steigen. Die monetären Sozialleistungen sinken sogar leicht; diese Entwicklung wird von der rückläufigen Beitragszahlung des Staates für Arbeitslosengeld II geprägt und von den Minderausgaben beim Arbeitslosengeld I. Dagegen dürfte es erstmals seit Jahren wieder eine Rentenanpassung geben, und schließlich ist durch die Einführung des Elterngelds mit zusätzlichen Ausgaben von etwa 1 Mrd. Euro zu rechnen. Rückläufig werden 2007 auch die Personalausgaben des Staates sein (infolge der weiter rückläufigen Beschäftigung im öffentlichen Dienst) und die geleisteten Vermögenstransfers (wegen des sukzessiven Wegfalls der Eigenheimzulage).

Einen spürbaren Anstieg dürfte es bei den sozialen Sachleistungen geben, weil die Ausgabendynamik bei der Gesetzlichen Krankenversicherung wohl anhält und sich hier zusätzlich der höhere Mehrwertsteuersatz bemerkbar machen wird. Zuwächse wird es erneut bei den Zinsausgaben und den Investitionen geben und – verursacht durch die um schätzungsweise 2 Mrd. Euro steigenden BSP-Eigenmittel-Zahlungen an die EU – bei den sonstigen laufenden Transfers.

Abb. 29



Erstmals seit 2001 dürfte im laufenden Jahr das Maastricht-Kriterium für das Finanzierungsdefizit des Staates eingehalten werden. Mit 61 Mrd. Euro oder 2,7 % des Bruttoinlandsprodukts bleibt sogar ein Sicherheitsabstand von rund 8 Mrd. Euro bis zur 3%-Hürde. 2007 sinkt die Defizitquote nach dieser Schätzung zwar auf 1,8 % des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Abb. 29), aber vom Ziel eines ausgeglichenen Budgets, das ja in Zeiten guter Konjunktur erreicht werden sollte, ist der Staat noch weit entfernt (nämlich rund 43 Mrd. Euro).

Abgeschlossen am 27. Juni 2006

Anhang

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2006 und 2007

	2005 (1)	2006 (2)	2007 (2)	2006		2007 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-0.2	0.1	0.5	0.0	0.3	0.5	0.4
Arbeitszeit	0.3	0.5	0.0	0.0	0.9	0.0	-0.1
Arbeitstage (3)	-0.7	-0.7	-0.3	0.0	-1.3	-0.4	-0.1
Arbeitsvolumen	-0.6	-0.1	0.1	0.0	-0.2	0.2	0.1
Produktivität (4)	1.6	1.8	1.6	1.5	2.1	1.8	1.4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1.0	1.8	1.7	1.6	2.0	2.0	1.5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1749.4	1786.1	1826.7	867.4	918.7	889.3	937.4
Private Konsumausgaben 5)	1332.2	1365.0	1400.0	665.1	699.9	684.4	715.6
Konsumausgaben des Staates	417.2	421.1	426.7	202.3	218.8	204.9	221.8
Bruttoanlageinvestitionen	384.7	396.7	412.0	185.8	210.9	195.3	216.7
Ausrüstungen	153.9	160.7	169.5	75.3	85.4	79.5	90.0
Bauten	205.6	209.7	215.0	98.0	111.7	102.5	112.4
Sonstige Anlagen	25.2	26.2	27.6	12.5	13.7	13.2	14.3
Vorratsveränderungen 6)	1.3	-2.2	1.2	6.7	-8.9	4.5	-3.4
Inländische Verwendung	2135.3	2180.6	2239.8	1059.9	1120.7	1089.1	1150.8
Außenbeitrag	112.1	115.6	125.8	61.7	53.8	71.4	54.5
Exporte	901.7	1004.7	1093.1	495.1	509.6	536.8	556.3
Importe	789.6	889.2	967.3	433.4	455.8	465.5	501.8
Bruttoinlandsprodukt	2247.4	2296.2	2365.7	1121.6	1174.5	1160.4	1205.2

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.4	2.1	2.3	2.0	2.2	2.5	2.0
Private Konsumausgaben 5)	1.5	2.5	2.6	2.3	2.7	2.9	2.2
Konsumausgaben des Staates	1.1	0.9	1.3	1.2	0.7	1.3	1.4
Bruttoanlageinvestitionen	-0.1	3.1	3.9	2.4	3.8	5.1	2.8
Ausrüstungen	3.0	4.4	5.4	3.9	4.9	5.6	5.3
Bauten	-2.4	2.0	2.5	1.2	2.7	4.7	0.6
Sonstige Anlagen	1.4	3.9	5.1	2.5	5.3	5.7	4.6
Inländische Verwendung	1.4	2.1	2.7	2.3	1.9	2.8	2.7
Exporte	7.0	11.4	8.8	13.7	9.3	8.4	9.2
Importe	7.7	12.6	8.8	17.0	8.8	7.4	10.1
Bruttoinlandsprodukt	1.4	2.2	3.0	1.9	2.5	3.5	2.6

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1635.0	1647.2	1649.0	805.5	841.7	807.1	841.9
Private Konsumausgaben 5)	1240.8	1252.4	1253.2	612.0	640.4	613.2	640.0
Konsumausgaben des Staates	394.1	394.8	395.8	193.5	201.3	193.9	201.9
Bruttoanlageinvestitionen	395.9	407.8	422.5	190.8	217.0	199.9	222.7
Ausrüstungen	167.7	176.9	188.4	82.5	94.5	87.9	100.6
Bauten	201.6	203.6	205.9	95.2	108.4	98.3	107.6
Sonstige Anlagen	27.5	28.8	30.4	13.8	15.0	14.6	15.8
Inländische Verwendung	2035.1	2057.0	2078.6	1007.0	1050.0	1017.2	1061.4
Exporte	908.7	996.3	1072.9	492.8	503.5	527.1	545.8
Importe	805.4	876.9	936.2	429.2	447.7	451.6	484.6
Bruttoinlandsprodukt	2139.8	2177.5	2215.4	1071.0	1106.6	1092.4	1123.0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0.2	0.7	0.1	0.5	1.0	0.2	0.0
Private Konsumausgaben 5)	0.2	0.9	0.1	0.6	1.3	0.2	-0.1
Konsumausgaben des Staates	0.1	0.2	0.3	0.3	0.1	0.2	0.3
Bruttoanlageinvestitionen	-0.2	3.0	3.6	2.4	3.5	4.8	2.6
Ausrüstungen	4.0	5.5	6.5	5.1	5.8	6.6	6.5
Bauten	-3.4	1.0	1.2	0.3	1.6	3.3	-0.7
Sonstige Anlagen	1.8	4.5	5.5	3.7	5.3	5.8	5.2
Inländische Verwendung	0.4	1.1	1.0	1.1	1.0	1.0	1.1
Exporte	6.3	9.6	7.7	11.9	7.5	6.9	8.4
Importe	5.3	8.9	6.8	12.5	5.6	5.2	8.2
Bruttoinlandsprodukt	1.0	1.8	1.7	1.6	2.0	2.0	1.5

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2005 (1)	2006 (2)	2007 (2)	2006		2007 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.2	1.3	2.2	1.5	1.2	2.3	2.0
Private Konsumausgaben 5)	1.3	1.5	2.5	1.7	1.3	2.7	2.3
Konsumausgaben des Staates	1.0	0.8	1.1	0.9	0.7	1.0	1.1
Bruttoanlageinvestitionen	0.1	0.1	0.2	0.0	0.2	0.3	0.2
Ausrüstungen	-0.9	-1.0	-1.0	-1.1	-0.9	-0.9	-1.1
Bauten	1.0	1.0	1.3	1.0	1.1	1.4	1.3
Sonstige Anlagen	-0.4	-0.5	-0.4	-1.1	0.0	-0.1	-0.6
Inländische Verwendung	1.0	1.0	1.7	1.2	0.9	1.7	1.6
Exporte	0.7	1.6	1.0	1.5	1.7	1.4	0.7
Importe	2.2	3.4	1.9	4.0	3.0	2.1	1.7
Bruttoinlandsprodukt	0.5	0.4	1.3	0.3	0.5	1.4	1.1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1661.6	1704.0	1738.5	836.2	867.8	853.9	884.5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	219.9	220.5	219.1	105.9	114.6	105.5	113.6
Bruttolöhne und -gehälter	908.9	920.3	940.7	435.1	485.2	445.3	495.4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	532.8	563.2	578.6	295.1	268.1	303.1	275.5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	261.9	266.1	297.5	119.0	147.2	138.4	159.2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1923.5	1970.1	2036.0	955.1	1015.0	992.3	1043.7
Abschreibungen	327.7	329.8	333.4	164.7	165.1	166.4	167.1
Bruttonationaleinkommen	2251.2	2299.9	2369.4	1119.9	1180.0	1158.7	1210.7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1685.8	1724.9	1763.2	835.0	889.9	859.1	904.1
Arbeitnehmerentgelte	1128.8	1140.8	1159.9	541.0	599.7	550.8	609.0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	557.0	584.2	603.3	294.0	290.2	308.3	295.0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1.4	2.6	2.0	2.3	2.8	2.1	1.9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	-1.2	0.3	-0.6	-1.0	1.5	-0.3	-0.9
Bruttolöhne und -gehälter	-0.3	1.3	2.2	0.6	1.8	2.3	2.1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0.4	1.2	1.9	0.8	1.6	2.0	1.8
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0.6	0.8	2.6	0.1	1.4	2.6	2.7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	5.8	5.7	2.7	6.3	5.1	2.7	2.8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	4.2	1.6	11.8	0.5	2.6	16.3	8.2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1.8	2.4	3.3	2.1	2.7	3.9	2.8
Abschreibungen	0.4	0.6	1.1	0.5	0.8	1.0	1.2
Bruttonationaleinkommen	1.6	2.2	3.0	1.9	2.5	3.5	2.6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1.7	2.3	2.2	1.9	2.7	2.9	1.6
Arbeitnehmerentgelte	-0.5	1.1	1.7	0.3	1.8	1.8	1.6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6.3	4.9	3.3	5.0	4.7	4.9	1.7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	977.3	982.5	1001.3	472.9	509.6	481.5	519.8
Nettolöhne und -gehälter	599.5	604.3	622.3	283.3	321.0	291.8	330.5
Monetäre Sozialleistungen	459.1	458.8	457.2	230.4	228.4	229.2	228.1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	81.2	80.6	78.2	40.8	39.8	39.5	38.7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	532.8	563.2	578.6	295.1	268.1	303.1	275.5
Sonstige Transfers (Saldo)	-38.8	-43.3	-44.4	-22.0	-21.3	-21.1	-23.3
Verfügbares Einkommen	1471.3	1502.5	1535.5	746.1	756.4	763.5	772.0
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	20.3	22.5	23.9	10.6	11.9	11.3	12.6
Private Konsumausgaben 5)	1332.2	1365.0	1400.0	665.1	699.9	684.4	715.6
Sparen	159.5	159.9	159.4	91.6	68.4	90.3	69.0
Sparquote 7)	10.7	10.5	10.2	12.1	8.9	11.7	8.8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	-0.2	0.5	1.9	0.0	1.1	1.8	2.0
Nettolöhne und -gehälter	-0.1	0.8	3.0	-0.1	1.6	3.0	3.0
Monetäre Sozialleistungen	0.3	-0.1	-0.3	-0.1	0.0	-0.5	-0.2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3.5	-0.8	-3.0	-0.8	-0.8	-3.1	-2.8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	5.8	5.7	2.7	6.3	5.1	2.7	2.8
Verfügbares Einkommen	1.7	2.1	2.2	2.1	2.2	2.3	2.1
Private Konsumausgaben 5)	1.5	2.5	2.6	2.3	2.7	2.9	2.2
Sparen	3.7	0.3	-0.3	1.7	-1.5	-1.3	1.0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2005 (1)	2006 (2)	2007 (2)	2006		2007 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	491.1	509.5	541.4	249.6	259.9	263.5	277.9
Sozialbeiträge	397.0	399.6	394.2	193.3	206.3	191.1	203.0
Vermögenseinkünfte	13.6	15.4	15.5	8.5	7.0	8.6	7.0
Sonstige Übertragungen	18.6	15.1	14.9	7.7	7.4	7.6	7.3
Vermögensübertragungen	10.1	9.4	9.0	4.8	4.6	4.6	4.4
Verkäufe	43.8	44.2	44.7	20.9	23.4	21.1	23.6
Sonstige Subventionen	0.5	0.5	0.5	0.3	0.3	0.3	0.3
Einnahmen insgesamt	974.8	993.7	1020.2	484.9	508.7	496.8	523.4
Ausgaben							
Vorleistungen	94.4	97.0	100.2	44.1	52.9	45.5	54.6
Arbeitnehmerentgelte	167.3	165.4	164.2	78.6	86.8	78.0	86.2
Sonstige Produktionsabgaben	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	63.4	65.3	67.8	32.1	33.2	33.3	34.6
Subventionen	27.2	26.5	27.4	13.0	13.6	13.4	14.0
Monetäre Sozialleistungen	430.6	430.6	429.0	216.3	214.3	215.1	213.9
Soziale Sachleistungen	167.5	170.9	174.7	84.3	86.6	86.0	88.7
Sonstige Transfers	36.2	36.9	39.2	19.7	17.2	20.8	18.4
Vermögenstransfers	34.8	33.3	31.1	18.4	14.9	16.5	14.6
Bruttoanlageinvestitionen	29.2	30.1	31.1	12.0	18.2	13.6	17.6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1.3	-1.3	-1.3	-0.5	-0.8	-0.5	-0.8
Ausgaben insgesamt	1049.3	1054.8	1063.4	517.8	537.0	521.7	541.7
Finanzierungssaldo	-74.5	-61.1	-43.3	-32.9	-28.2	-25.0	-18.3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2.1	3.7	6.3	3.9	3.6	5.6	6.9
Sozialbeiträge	0.4	0.7	-1.4	0.0	1.2	-1.1	-1.6
Vermögenseinkünfte	13.1	13.2	0.9	32.2	-3.6	1.7	0.0
Sonstige Übertragungen	10.2	-19.1	-0.8	-32.2	1.2	-0.8	-0.8
Vermögensübertragungen	4.8	-6.7	-5.0	-6.9	-6.5	-5.4	-4.6
Verkäufe	6.1	0.9	1.0	0.9	0.9	1.0	1.0
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	1.9	1.9	2.7	1.6	2.2	2.4	2.9
Ausgaben							
Vorleistungen	5.5	2.7	3.3	3.1	2.4	3.2	3.3
Arbeitnehmerentgelt	-0.8	-1.1	-0.7	-1.1	-1.1	-0.7	-0.8
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	0.8	3.0	3.9	2.9	3.1	3.7	4.1
Subventionen	-6.1	-2.4	3.2	-3.0	-1.8	3.5	3.0
Monetäre Sozialleistungen	1.8	0.0	-0.4	-0.1	0.1	-0.6	-0.2
Soziale Sachleistungen	2.3	2.0	2.2	2.3	1.7	2.1	2.4
Sonstige Transfers	-5.4	2.0	6.3	2.0	1.9	5.9	6.7
Vermögenstransfers	2.8	-4.3	-6.7	-4.7	-3.7	-10.3	-2.2
Bruttoanlageinvestitionen	-5.1	3.3	3.3	-6.9	11.3	13.7	-3.5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	1.1	0.5	0.8	0.3	0.8	0.8	0.9
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-3.3	-2.7	-1.8	-2.9	-2.4	-2.2	-1.5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).